

Erstpreis 1000 Mk.
 unentgeltlich mit Ausnahme
 der Sonntags- und Feiertage.

Abonnementpreis
 monatlich 50 Pf.
 vierteljährlich 1.50 Mk.
 halbjährlich 3.00 Mk.
 jährlich 6.00 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1.00 Mk. zähl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt“
 (Kulturzeitung),
 durch die Post nicht bezug-
 bar, kostet monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.

Verlag Dr. 1047.
 Verlagsgesellschaft
 Volkshalle Halle/Saale.



Insertionsgebühr
 beträgt für die ersten
 Zeilen oder deren Raum
 50 Pf. für Wohnungs-
 Partien 20 Pf. für Inserate
 (Anzeigen) 10 Pf. für
 die zweite und dritte Zeile.
 Im rezeptionsfreien Orte
 kostet die Zeile 75 Pfennig.

Interesse
 für die 1000 Nummer
 müssen folgende die vor-
 mittige halb 10 Rhein der
 Expedition aufgegeben
 sein.

Einsetzen in die
 Postzustellung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Baunburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Kapitalistischer Wunderglaube.

Das Sozialienbuch ist das Neue Testament des bürgerlichen Kapitalismus. Es erregt die Toten zum Leben, macht die Lebenden gehend und die Blinden sehend. Dieses wunderthätige Buch hat neuerdings nur noch einen Nebenbuhler erhalten: die christlich-monarchische Sozialpolitik. Die ist das Evangelium Matthäus am lezten.

Solange die Gesellschaft in der feudalen Sklaverei erstarrt war, wurde es für Gottes Ordnung erklärt, daß es Stande geben müsse, und daß seit Erschaffung der Welt der Unterschied, nicht der Gegensatz, göttlich am und reich das eigentliche Naturgesetz der menschlichen Gesellschaft sei. Damit dieses Naturgesetz nicht irgendwie durch menschlichen Uebelthum verlegt werden konnte, trat der Mensch schon mit seiner Geburt in einen gewissen Stand ein, aus dem er sich zeitweilig nicht mehr, von einigen Ausnahmen abgesehen, befreien konnte. Wie man in das erbliche Königtum hineingeboren wurde, so auch in den Adel, in das bürgerliche Handwerk oder Kleinhandwerk, in die bauerliche Viehhaltung. Das Hereditätsgesetz von einem Stand in den andern war gesetzlich unmöglich. In der Zeit des Feudalismus, in der die Wege eines Angehörigen der niederen Stände war, mußte der Unglückliche lebenslänglich verbleiben. Das Recht auf eine bestimmte Form der Ausbeutung von Arbeit war erblich; das Gesetz, daß die Aeltern auf der Erde nur dazu da seien, den Kindern zu fronen, und daß es nicht einmal erlaubt sei, die Art und den Ort der Fron zu wechseln, war die Grundlage der vorbürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Die wirtschaftliche Revolution, welche die feudale Ordnung sprengte, räumte mit der göttlichen Ordnung der Sklaverei von Geburt und dem Heredität von Geburt auf. Sie befreite die Stände und die erbliche Lebensfähigkeit des Individuums. Statt des Dogmas von der politischen und wirtschaftlichen Ungleichheit der Menschen erhob sich die politische Freiheit und die Arbeit auf den Thron. So wurden die kapitalistischen Triebkräfte der Wirtschaft entsetzt, und während früher die Ausbeutung der Menschen durch eine kleine Aristokratie als ewiges Gesetz verteidigt wurde, und jedes Aufbäumen gegen das Verderben der einmal Niedriggeborenen in dem Streite seiner Niedrigkeit als Frevel und Verbrechen angesehen wurde, rechtfertigte man jetzt umgekehrt die große, ungebundene Tyrannei der kapitalistischen Ausbeutung mit dem frühlichen Wunderglauben, daß es jedem freistünde, es soweit in der Welt voran zu bringen, als es sich Fähigkeit, Energie, Sparsamkeit und die andern bürgerlichen Tugenden nur gestatteten. Was vorher Chobotrat gegen die göttliche Ordnung war, das Hereditätsgesetz aus dem Stande, in den man hineingeboren war, wurde jetzt das heilige Dogma der neuen kapitalistischen Religion. Das Hinwärtsdrängen der Menschheit zu höchsten geistlichen Rängen zu gelangen, dieses gleiche Recht für alle, sich von dem Tode der Ausbeutung zu befreien, und — jeder Ausbeuter

zu werden, das war nun die Rechtfertigung der in Freiheit drohenden sozialen Sklaverei. Auf den Wunderglauben der feudalen Unentzerrbarkeit folgte der Wunderglauben an die Macht der kapitalistischen Ordnung, jedem, der da wollte und Kraft und Fähigkeit in sich besaß, den Weg zur Höhe und Freiheit zu bahnen. Im feudalen Zeitalter schuf Geburt und Blut Edle und Niedrige, unter der Herrschaft des Kapitalismus ließ Tugend und Tüchtigkeit die Weichen einporieren. Jeder Ausgeborene ward nun die Stufe, auf der jeder von der höherer Entwicklung einporieren konnte.

Als sich aber dann zeigte, daß trotz des ungeheuren Kulturfortschritts, der zwischen dem feudalen und kapitalistischen Zeitalter zweifellos besteht, die große Masse der Menschen nur den Tief und die Weisheit, aber nicht die Tyrannei der Sklaverei gelaufen hatten, daß man jetzt aus Freiheit eben so schnell wieder in die Sklaverei zurückgefallen war, wurde die Erklärung in den Reihen der Arbeiter und Kleinrentner gegeben; vor dem wurde den Menschen die Freiheit und Gleichheit im Verstande verheißt; jetzt gänzlich man ihnen die Erklärung im Verstande vor, durch das — Sozialienbuch, der Weg zum Himmel werde erschlossen durch Demut, Arbeit, Selbstaufopferung; die Straße zu den Höhen des Fortschritts und der bürgerlichen Weltanschauung sei die Arbeit, Fleiß, Anstrengung und vor allem Sparsamkeit. Die ganze Rechtfertigung der kapitalistischen Gesellschaft, die in der Vergangenheit, daß im freien Spiel der sich gegenseitig regenden Kräfte jeder Mensch die Möglichkeit erziele, wirtschaftliche Unabhängigkeit und sozialen Wohlstand zu erlangen. Die Möglichkeit erwies sich in der ebenlichen Welt als blaue Utopie. Die Vererbung des kapitalistischen Verstandes bewirkt schon allein, daß im Grunde wiederum schon die Geburt die Vererbung des Verstandes für immer schied. Weil die kapitalistische Ordnung dardurch nicht das Wunder leisten wollte — die Begleitung aller — lernten auch einige Leute aber wieder zu der alten Utopie zurück, daß es man einmal so sein müßte: die Kultur der Geistes und Geistesruhe auf der niederen Lebenshaltung und dem Art eisamkeit der in geistiger Stumpfheit und körperlicher Entbehrung verlebenden Sklaverei. Die liberalen Propheten aber ließen dardurch nicht von dem einmal angenommenen Wunderglauben, und das freihändige Bürgerrecht sah nach wie vor in dem „gemachten Mann“ die Hebelkraft und zugleich die verkörperte Entfaltung des Kapitalismus.

Die Tyrannei haben längst den Wunderglauben der bürgerlichen Ordnung geschwächt. Der Anteil der Massen an dem Wachs um des nationalen Reichthums ist fleißig fruchtig geworden. Es ist ein mühsamer Streit, ob auch das Proletariat seinen Anteil an dem Ertrage der gesellschaftlichen Arbeit bekommt hat. Die Lebenshaltung der Arbeiter bemerkt sich namentlich in Deutschland, mit seinen reaktionären Hemmnissen der Arbeiterbewegung und den agrarischen Erbschaften, zweifellos nicht in geschwächt aufgeder Sinne. Es gibt Klüftle und Schwankungen gefährlicher Art. Lebensfall ist die Befreiung nicht in allen Verufen gleichmäßig,

und wir haben sogar mit absoluten Verschlimmerungen zu rechnen. Aber selbst, wenn man zugeben könnte, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich, wenn auch langsam, doch allmählich besser, so beweist gerade die kaum merkbare Gesetzmäßigkeit solcher Besserungen, daß auch in der bürgerlichen Freiheit die Macht der Verheerung der dem ewigen Bedauern dieser neuen Sklaverei nicht erlöst werden kann.

Für die Weisheiten man es ja ein Beispiel des Wohlstandes sein, zu berechnen, wie in Jahrzehnten vermindert der Anteil der Arbeiter an nationalen Wohlstande wieder um einen Bruchteil eines Prozents getilgen sei; die Massen aber, die die Rechnung lesen und leben müssen, haben für solche trübseligen Wahrheitsfindungen und Zahlenrechnungen, die auf ihrem eigenen Rücken eingehakt werden, mit Recht der euf wenig Sinn. Wie es sich in Deutschland wahr, daß auch die Arbeiter in der kapitalistischen Weltanschauung, wenn auch langsam, allmählich aufsteigen können, so es steht in der Tat wahr ist, daß es einem geizigen Arbeiter von heute besser geht als einem Bauern oder Lumpenproletat vor hundert Jahren, so ist doch andererseits völlig unbestreitbar, daß noch niemals die Masse so mordenhede Güter, die sie selbst geschaffen hat, umherwerfen vor sich ausgebreitet hat, die sie niemals ersehen kann. Die Tantalusqual des Proletariats ist in seiner Epoche der Menschheit so groß geworden, und sie wird mit der zunehmenden Vermehrung wirtschaftlicher Kultur größer. Die Spannung zwischen dem, was in der Welt vorhanden ist, und dem, was es beifalls erreichen kann, ist bei den Arbeitern von heute stärker und grausamer denn je.

Neuer der Dampf und die Elektrizität den Raum überfüllte, war es kein so großer Unterschied zwischen dem Bauern, der in seinem eignen Streie leben mußte, und das angeordnete Alltagsleben mit seinem Schlangengespinn aus unergieblicher Landarbeit durchdrungen konnte, und dem städtischen Bürger, der kaum jemals über die Schattenebene hinauskam und allenthalben, wenn er sich begibt, mit der politischen bürgerlichen Welt in weit sich zu bewegen einzuhalten war. Die Gegensätze aber heute zwischen dem Arbeiter, der in der unergieblichen und schwindenden Pflaffen die Welt durchdringt, und der großen Masse der Arbeiter, die sich nicht über die Barriere stellen, wenn die Menge an ihnen vorüberläuft, oder die im hohen Saften schweben, während die Arbeiterkämpfer ihre Arter lösen; höchstens daß sie in dunklen und dumpfen fahrenden Gefangnissen eingesperrt, von Arbeitstätte zu Arbeitstätte geschleppt werden! Der kapitalistische Wunderglaube hat die kleine Zahl der Wohlhabenden in der Tat nicht betrogen. Die Millionen der Ausgeborenen aber um so schlimmer genarrt, je mehr er ihm verheißt hat.

Beweist so die wirtschaftliche Wirklichkeit die Minderleistung und Unrentbarkeit der kapitalistischen Verordnungen, so ist ebenso klar, daß die Philosophen des Kapitalismus liegen, beweist ihnen, wenn sie die Wirtschaftserhebung mit der Möglichkeit rechtfertigen, daß jeder einzelne zu Freiheit und Wohlstand gelangen könnte. Verheiß der Kapitalismus die Wunderkraft, die ihm auszuweisen wird, so müßte er leiner inneren

(Nachdruck verboten.)

941 Der Holzhändler.
 Roman von Max Kretzer.

VIII.

In seinem Zimmer angelangt, reinigte sich Dulters vom Staub der Landstraße. Dann legte er sich an den Tisch in der Nähe des Fensters und trat beiläufig den wachstüchtigen den Karte, den ihm Wally ihm schon geordnet hatte. Wally neue Karte an und ging im Zimmer umher. Es war trauer sein Schicksal, den er in jener weiten Nacht mit so heftiger Beklemmung zu erleben hatte. Merkwürdig, sein Welt hat durch Zufall dieselbe Stelle erhalten, wo es damals stand.

Er ging und besichtigte die übrigen leeren Zimmer, die der Landstraße zu lagen. Dann eine Schritte dumpf und hoch in den letzten Räume hinterwärtig, wie er betreten seinen. Er erinnerte sich ganz genau: dort in der Ecke stand Ottis Bettchen, über das er sich zuerst liegend gebettet hatte, als er so unermüdet zurückgekehrt war. Nach und er es schimmern, das läste Geschöpfchen, die seine Hände der Ruhe auf den Wangen, das tolle Mädchen, die Erinnerung an ihn, daß er sich über die letzte Zeit beugte gerade, als wäre alles noch wie damals und er könnte das Kindchen im Schlaf küssen. Tief ergriffen von diesem Spul, den er sich selbst bezeugte, lehnte er sich gegen die Wand, harzte lange vor sich hin und ließ einen langen Seufzer aus.

Schmerz, zaghaften Schrittes ging er dann den Fort der entlang, dem trübsten des Schlafzimmers seiner Frau zu. Genau wie damals öffnete er leise die Tür, als wäre Olga darin und er wollte sie nicht stören. Mit einer gewissen Lieberwonne trat er ein. Von dem Möbeln dieses Zimmers hatte er nichts mit nach Berlin genommen. Alles war auf seine persönliche Anordnung hin nun so über ihn an aufgestellt worden. Es hätte ihm große Freude gemacht, zu Otis jetzt zu sagen: „Gleich Du, so hat Deine Mutter geordnet.“

Kein Groll gegen die Tote war mehr in seiner Brust, nur

von dem einen großen Verlangen war er befeet, seiner Tochter die ersten Schritte an die Mutter zu erlangen. Im Augenblick mal er sich aus, wie sie alles genau bezeugt hatte, gerade wie er jetzt, als er den lebenden Blick immer erregte. Er schritt auf das Bett zu, das er damals so geliebt hatte. Dami hielt er vor dem Schilde zu stehen, auf dem er die angelegene Karte entdeckt hatte, und dabei fand er es leichter, daß ihn damals mit Verheißung Papirtonas getaucht haben müßte, und plötzlich ärgerte er sich, dem Grafen früher nicht zugewandt, statt der süßen Hande Gnan angeden zu haben, um zu erlangen, weshalb er die neuerdings nicht mehr fand.

Dulters dachte leicht auf. Es ging ja die Rede, daß Männer, die mit Vorliebe Zigaretten rauchen und das weiße Gesicht besonders lieben. Aber welche ich hatte sich der Graf in dieser Beziehung im Laufe der Jahre geändert, welche ich hatte er jetzt einen Nach in Haar in seinen Gesichtszügen gefunden. Zum zweiten mal — Dulters — war es dann, er wurde leig. Dann wurde ebenfalls das Bild nicht immer Zugrängen wie beißes Bild schonegen — in Alisa, in Baden-Wader und in Odenbe.

Und wie Dulters den Blick durch das offene Fenster richtete, dem Walde zu, wo die Eichen und Buchen ihre Lippen, vom Sonnenlicht durch die dichten Kronen zu zeigen, ermachte er das gegen Zug in seiner Erinnerung wieder geblit. Und er wieder sich abem, an dem für ihn berückelnden Gedanken, daß er die Art führe, die diesen stozen und doch so modernen Beklemmung mit einem einzigen Streiche fallen werde, gleich dem leb in Stamm auf Erde.

Wohlgit war es ihm, als umginge ihn dumme Schwärme im Zimmer, es befiel ihm eine Art Zwangsverstellung, die ihn das Mitteilen in die Erinnerung nicht mehr ertragen ließ. Er mußte ins Freie, mußte Menschen sehen und so ging er hinunter.

Gegen Abend, nachdem er mit einem Anaeffeln allen ergeßliche Dinge gesprochen und den Förster für den neuen Worum wieder ins Haus befristet hatte, schritt er allein durch die Gärten dem Walde zu. Er hatte sich selbst nach der alten Weise der Verbrecher mit Vorliebe den Fort der Tat aufzufinden pflegt, sobald er sich sicher weiß, so zog es Dulters zu der Eichtung hin.

Langsam und unklug, als ginge er auf schmerzhaftem Grunde, schritt er den schmalen Niesweg entlang, der durch

die Blumenanlagen dem Obgarten zu führte. Es war derselbe Weg den er in der Unglücklichen, den Arbeiter in der Nacht, entlang geritt war. Als er den Obgarten hinter sich hatte, und sich zum ersten Mal befand, der in sanfter Schwelung zum Walde führte, hätte er eine kleine Scherme in seinen Hüften. Es war wie ein Hemmen der mordenden Bewegung, das aber ihn kam und ihn zum Stillstehen zwang. Wie stillsam ihm zu Mute war! Noch einmal hatte er so, die Angst empfinden wie jetzt in diesen Minuten. Es war ihm, als ginge er etwas Dummes, Ungeheures entgegen, das seine Seele mit Schreden erfüllte.

Die Sonne fand bereits hinter den Bäumen und warf durch das Laubwerk ihre schiefen, in röhrenden Lichter die wie liegende Luftfäden durch die hohen Farnen drangen. Nur die Bielle lag im Schatten, auf der Dulters noch immer stand. Langsam ging er wieder weiter mit der Ueberzeugung, ein Menschen der eine Schwächeverwandlung müßte bezeugt hat. Er wollte sich gemäß nicht von dem dummen Neuen unterfragen lassen.

Als er den Wald erreicht hatte, blieb er abermals stehen. Umherlame Stille umgab ihn, die nur durch das Raseln eines Spechtes hoch oben am Stamme einer Buche unterbrochen wurde. Dann tauchte es irgendwo. Ein junger Gale lief über die kalte Bielle dem neugierigen Knecht zu.

Dulters fiel ein, wie er während seiner kurzen Ehe an solchen Sommerabenden gerade wie heute an der Seite seiner Frau diesen Weg genommen hatte. Zu denselben Bäumen hier hatten sie emporgeschritten, die nur älter und stärker geworden waren. Möglich bißerte er sich ein sein Weib lie noch am Leben und folge ihm langsam nach. Und während er so unterfragen schloß, er die Augen und rief mit gedämpfter Stimme: „Gale, bist du dort noch?“

Dem Klang seiner Stimme dachte er zusammen und rief die Augen weit auf. Als er sah, daß er allein war, lachte er laut auf. Es war ein merkwürdiges Lachen vor dem er selbst erschauerte. Dann bekam er wieder die Gewalt über seine Unmündigkeit, erregt bißte er sich um aus Furcht, sein sonderbares Gebahren konnte beobachtet werden sein. Vor der Bielle Stille umgab ihn in der der Schall seiner mitfliehenden Schritte hin allen begreife. Und dazumischen sang noch immer wie ein dumpfes Herentropfen der Natur die Schönearbeit des Spechtes.

(Fortsetzung folgt.)



Natur noch verhindern, daß das verheißene Wunder wirklich wird. Der Kapitalismus darf gar nicht dubieren, daß aus dem Recht auf freie Erziehung für jedermann eine Pflichthaftigkeit wird. Wenn der Kapitalismus hiesige, wo er zur Verwirrung und Verwirrung seiner Opfer behauptet, so wäre er selbst unmöglich. Die kapitalistische Ordnung braucht Verträge, sie könnte mit Verträgen allein keinen Tag länger existieren. Der Kapitalismus, der für eine Minderzahl unermesslichen Reichtum schafft, muß auf alle Weise verhindern, daß die große Masse der Vertriebenen nicht. Selbst wenn er seiner inneren Natur nach nicht die Massen erpropiert würde, so müßte er das aus freiem Willen und in bewußter Absicht tun. Dem freien Spiel der Kräfte muß die wirtschaftliche Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft mit jeder Arglist dafür folgen, daß die Massen bei dem Spiel verlieren und befristet bleiben.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 21. Januar 1907.

Vor zwanzig Jahren.

Die Festschlagsreden des Jahres 1907 folgten nach dem Bunde Bernhard Wilms und seiner Mannen eine Neuauflage der Festschlagsreden von 1887 werden. Zwischen der Agitationen habe, die das Kaiseramt jetzt mit Flugblättern und Zehnereisen: bereitet, und jener, die von dem Gesänge Wilms damals betrieben wurde, herrscht, was zu vergleichen der Entstellung und Kühheit des Schmiedels betrifft, in der Tat eine frappante Ähnlichkeit. Wie damals feht die Regierung aus diesmal wieder ihre Hoffnung auf die Hilfe der Reichstages, auf die Partei der dummen Arbeiter und hofft, daß das Experiment, das vor 20 Jahren glückte, auch diesmal wieder gelangen würde.

Damals regierte nicht Wilhelm II. sondern Wilhelm I., und sein Zögling hieß nicht Wilms sondern Bismarck. Seit den letzten Siegen des Deutschen Reichs waren nicht 30 sondern erst 16 Jahre verstrichen, und das Schicksal, das man den geängstigten Wähler vor Augen führte, war nicht wie diesmal ein Fortschritt, sondern der Spitz einer Armee von 150 Mann stehend, unter deren Kanonen bedroht, sondern der Mantel der französischen Besatzung, General Boulanger, der als fünfzigjähriger Direktor der Republik nicht bloß das Verbot, sondern den Bestand des ganzen Deutschen Reiches bedrohen sollte.

Seit dem Jahre 1874 war die Präsenzliste der Armee vom Reichstag auf sieben Jahre festgelegt worden. Schon im Jahre 1880 hatte die Erneuerung des Gesetzes Schmerzerleiten hervorgerufen, da sich der Reichstag nicht darauf einlassen wollte, auf sein jährliches Staatsrecht gänzlich und für alle Zeiten zu verzichten. Die Abgeordneten traten in der nächsten Woche wieder, als Fürst Bismarck im Winter des Jahres 1886, um sich für den Fall eines Thronwechsels eine gefügige Reichstagsmehrheit zu sichern, noch vor Ablauf des alten Gesetzes eine neue Gesetzesvorlage einbrachte, in der eine harte Vermehrung der Kadres (jeweils, wie der Friedensvorschläge des Jahres 1868 409 statt 427 274 Mann) getordert wurde.

Damals bestand im Reichstag die Mehrheit aus dem Zentrum (99), den Deutsch-Freiwillichen (61), der Volkspartei (7) und der Sozialdemokratie (25), zu der noch die Polen und die Sozialisten zählten. Anders war es auch damals nur die Sozialdemokratie, die den Forderungen der Regierung gegenüber in der Stellung der unerschütterlichen Opposition verharrte, während sowohl das Zentrum, als auch der Freisinn sich auf Verhandlungen einließen, um eine Verfürgung der eintreffenden Bindung auf drei Jahre und eine Verminderung der angeforderten Präsenzliste zu erzielen. Diese Verhandlungen ließ Fürst Bismarck ernstlich ganz ungenügsamer scheitern, wie Fürst Wilms im Dezember 1906 die Verhandlungen mit dem Zentrum scheitern ließ, und wie jetzt konnte das Zentrum auch damals jammertlich versagen. Es habe den keinen Mann und keinen Großen verweigert. Fürst Bismarck bestand auf der Unmöglichkeit der militärischen Kommandogewalt (die damals freilich nicht Teilung sondern Waffe hieß), und mit Wozu, die die künftige Größe eines Wilms voraussetzen ließen, erklärte er: Sind Sie, meine Herren, denn so lächerlich nach Kräften, wollen Sie diese alle Jahre haben — nein, solange ich lebe, können Sie daran. Sie werden einen Teil im Meer finden bei allen Ihren Kräften!

So kam es denn am 14. Januar zur Auflösung des Reichstags, und die Wahlen wurden auf den 21. Februar anberaumt. Der ganze Apparat der Regierung wurde in sicherste Bewegung gesetzt, und über bevorstehende Kriegsgeschichte und Kämpfungen aufstrebend und Frankreichs wurden in Wort und Bild die abenteuerlichsten Gerüchte in Umlauf gesetzt. Es wurden Karten verbreitet, auf denen die Uebermacht der Franzosen an der Grenze verzeichnet stand. Ueberbogen zeigten, wie deutsche Frauen von den Barbarenhorden der französischen Republik mißhandelt und dem Bauer die letzte Kuh aus dem Stalle weggeführt wurde. Vorkommnisse wurden angezettelt, um die Arie in Wunden zu bringen, und schließlich griff die Regierung auch zu dem ungelieblichen Schmiedel, ein Verbeugungserbeverbot zu erlassen, wodurch der Anleihen erneuert werden sollte, als ob der Krieg unmittelbar vor der Tür stehe.

Und hat das alles geschehen? Ja und Nein! Zahlen mögen darauf die Antwort geben. Es gelang dem Fürsten Bismarck, wie er es gewollt hatte, eine gefüllte Reichstagsmehrheit zu erzielen, und sein Septennat in den Tagen zu bringen. Die Zahl der konservativen Mandate stieg von 78 auf 80, die der Freikonservativen von 28 auf 41, die der Nationalliberalen von 51 auf 49. Dagegen erlitten die Parteien der Opposition mehr oder minder bedeutende Schwächungen ihrer Mandatsziffer. Das Zentrum erhielt statt 99 88, der Freisinn statt 67 32, die Sozialdemokratie statt 21 bloß 11 Mandate. Ebenso ging die Zahl der Polen und der Welfen zurück.

Die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen hatte sich aber von 549 900 Stimmen auf 763 128 Stimmen vermehrt. Der Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung, die schon damals als eine so große Gefahr betrachtet wurde, daß man sie mit dem Sozialfengstempel bekämpfte, hat seitdem ununterbrochen fortgedauert. Die Sozialdemokratie erhielt drei Jahre später 1 427 000 Stimmen, abermals drei Jahre später (1893) 1 787 000 Stimmen, im Jahre 1898 2 107 000, und stieg bei den Wahlen vom 16. Juni 1904 auf 3 010 800 Stimmen. Der Zuwachs, den sie bei den Kartellwahlen erzielt hatte, betrug nicht viel weniger als 30 Proz.

1837 ist nicht 1907. Wilms ist nicht Bismarck. Der Hottentottenführer Christian wird, wenn er überhaupt ein Boulangere wäre, doch nur mehr ein besiegter Boulangere. Schwelmschiff ist nicht Glatz-Bohringen. Das Sozialisten-Gesetz existiert nicht mehr. An Stelle der diplomatischen Erlöse Bismarcks, die Niederlage von Agincourt. Statt der früheren Reichsregierung hat sich in allen Schichten der Gesellschaft die Reichsverbesserung in aller Eile herbeigeführt.

Der Schmiedel ist genau derselbe geblieben. Für die Mannen des Fürsten Wilms mag etwas Erhebendes in der Erinnerung an das Jahr 1887 liegen, aber für die Sozialdemokratie auch, 50 Prozent Stimmzunahme! Wahrscheinlich wir haben keinen Grund, zu wünschen, daß die Festschlagsreden dieses Jahres einen andern Verlauf nehmen sollten, als damals jene vor 20 Jahren.

Vor den Wahlen — nach den Wahlen!

Der Wählerverein der Arbeiter, der unter der Führung des bekannten Nennungsformers und Antichristen Schlottwein steht, veröffentlicht ein Schreiben, worin es heißt:

Schließlich bitten wir von Herzen, die Festschlagsreden über Farmland und dergl., die von Kolonialbegehrten an uns gelangen, bis nach der Wahl zurückzulassen.

Die Tausende von Anfragen mögen Liebertreibungen der Wahlmacht sein, aber das ist gar nicht unglücklich, daß ein paar hundert unzufriedene, arme Teufel, vom Dornburgschmiedel verlost, die unter ihrer Hoffnung an deutschen Kolonialgehabten ausgegangen haben. Nach der Wahl werden die Enttäuschten durch amtliche Blätter erfahren, was sie in der Arbeiterpresse hätten längst lesen können, daß zur Anhebung in Deutsch-Afrika ein Kapital von 10 000 bis 50 000 Mark erforderlich ist, und daß die amtlichen Anstaltsstellen selbst vor leichterer Auswanderung nach Afrika warnen. Jeder ehrliche Mann wird einem Deutschen, der sein Vaterland verlassen will, weil es kein Brot mehr für ihn hat, raten, lieber sein Ziel in England oder in den Vereinigten Staaten, oder sonst irgendwo in der Welt zu suchen, als in den deutschen Kolonien, die nach den Gutachten der Sachverständigen zur Veredelung mit Weizen gar nicht geeignet sind.

Davon will aber der Wählerverein alter Afrikaner vor den Wahlen nicht reden, und darum erühdet er die naiven Anfragen der Verantwortlichen über Farmland und dergl. so lange zurückzustellen, bis der Wahltag zu Ende ist. Dann können die Unzufriedenen aufgeführt werden, vor der Wahl werden deren Stimmen gebraucht. So wird der Wahlschwindel gemacht.

Die Rede Wilms auf dem 15. März Diner findet auch in der ausländischen Presse die Beachtung, die sie verdient. Die Pariser Blätter Figaro, Aurore, L'Humanité weisen mit Entschiedenheit Wilms' Behauptung zurück, daß das Ausland sich über innere Wirren Deutschlands freuen würde. Andere französische Blätter gehen entweder ganz stillschweigend über die Rede Wilms hinweg oder glossieren sie mit wenig schmeichelhaften Bemerkungen.

Ebenso findet die Rede in den englischen Blättern keinen Widerhall. Die meisten Blätter erwähnen sie gar nicht. Die Times sagt in bezug auf die Aeußerung Wilms über die ausländische Presse, wenn wir wirklich Feinde Deutschlands wären, dann dürften wir nicht mehr als einen vollständigen Erfolg des Reichstages und des Septennats wünschen, unter welchem Deutschland im Rat der Nation in den letzten Jahren so viel verloren hat.

Das Sachwort: Medien ist Silber, Schweigen ist Gold, könnte auch Wilms beherzigen.

Zum Volensdorf. Wegen Vergessens gegen § 110 des Reichstagsgesetzes in drei Fällen wurde der pöpstliche Kammerherr Präfektor Kros in Polen zu insgesamt 1100 Mk. Geldstrafe verurteilt. — In Onsen wurde der Arbeiter Antonski wegen Verleumdung eines Lehrers zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im Kreis Karlsruhe wurden gegen Schulvorsteher wegen Ausweisung zum Schulstreik ihres Amtes entsetzt.

Bur Revolution in Russland.

Einen „harten“ Streik, wie ein Solofaßbrud lautet, haben 400 politische Gefangene im Gefängnis von Smolensk erklärt, indem sie seit etwa acht Tagen vollständig nach Ubergang und das Ansehen von Wajne und Meidun verweigern. Nachdem die politischen Gefangenen in das Gefängnis von Smolensk abgeleitet waren, das ursprünglich ein Korrekziongefängnis war, erhielten alle Gefangenen die von den früheren Arrestanten getragene Uniform, die aus dem allergrößten Unentzogenheit, der für Meßfäße untauglich ist, angefertigt und nicht gewaschen war. Nach dem Tragen dieser Wäsche verbreitete sich keine Wunden über den ganzen Körper der Gefangenen, und viele wurden mit den mannigfaltigsten Hautkrankheiten, so sogar mit Lepra in Isert. Da sich die Wunden der Gefangenen, und eines Schwären Tages floßen alle Blut und Schweiß, so wie die Arbeiter aus den Zellen vor die Tür, und die Gefangenen erklärten, sie würden alle bereit, über an Gefangenen zu sterben, als durch Hautkrankheiten und Schmutz aufgrund zu sehen. Die örtliche Gefängnisverwaltung war auf dem besten Wege, die Gefängnisverwaltung anzuerkennen, sagte aber scheinbar in Petersburg an, von wo die Antwort entlie: den Gefangenen nicht nachzugeben und sie fast heraufzulassen zu lassen. Dieser „harte Streik“, wie ihn die Solofaßbrud nennen, ist selbst für Russland etwas noch nicht Dagewesenes.

Der Freisinn

in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Wenn man jetzt die freisinnigen Redner in den liberalen Wählerversammlungen anhört, wie sie den Liberalismus bis übern grünen Alee loben und sich dabei die bisherige Tätigkeit und die jetzt zu beweisende und schon an dem 2. Sitzungstage der freisinnigen Abgeordneten im Reichstag vergegenwärtigt, so muß man — gelinde ausgedrückt — die freisinnigen Herren mit ihren Ausführungen noch mehr wie bewundern. Würden die freisinnigen Abgeordneten für all das, was die Freisinnigen jetzt in ihren Versammlungen vorbringen, eingetreten, so, dann wäre die Partei nicht deat auf den Hund gekommen, daß die bisherigen Abgeordneten nur auf den Krücken anderer Parteien — darunter auch ein Anhalt mit Hilfe der Sozialdemokraten — in den Reichstag einmarschieren konnten.

Nachdem man nun den Reichstag am 18. Dezember nach Hause gejagt und die Freisinnigen an diesem Tage eine ganz jämmerlich kolonialfreundliche Rolle gespielt, suchten sie, in den letzten Tagen liegend, nach einem Rettungsanker und fanden ihn im Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Um die „nationale Ehre“ zu retten, ist der Freisinn im Verein mit dem gesamten bürgerlichen Wohlstand gegen die von Jahr zu Jahr pampfziger gemordene und immer weiter erkrankte Sozialdemokratie auch im Verbreitungsgebiete ihres Volksblattes in den Wahlkampf gezogen. An Wählergeschäft liegt es nun, am 25. Januar diesem die Sozialdemokratie mit

den allgemeinsten Flugblättern — worunter sich auch eine ganze Menge des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie befinden — bekämpfenden Wohlstand die gebührende Antwort zu geben.

Dem Freisinn aber soll im Nachstehenden einmal gezeigt werden, daß seine Worte mit den Taten keineswegs übereinstimmen. Der „nationale Ehre“ will tritt der Freisinn jetzt mit aller Gewalt für die Regierungsvorlage betreffs Bewilligung von 8200 Mann dauernd und 20 Millionen Nachbewilligung für Südwestafrika ein, während die freisinnigen Mitglieder in der Budgetkommission zwei Tage vorher noch dagegen geimnt hatten.

Am 6. März 1901 äußerte sich der freisinnige Abgeordnete Gieshoff beim Etat wie folgt über die ostafrikanischen und afrikanischen Kolonien:

„Meine Freunde werden auch in diesem Jahre, wie im Vorjahre, die in diesem Etat getorderten Summen bemängeln, da sie, wie ich noch einmal betonen möchte, über die ostafrikanische Kolonie Ostafrika eine andere und günstigere Aufstellung haben wie über die afrikanischen Kolonien. Während nun die ostafrikanische Kolonie Ostafrika einen Reichtumszuwachs von 11 735 500 Mk. erfordert, müßten wir nach dem neuen Etat für die südwestafrikanischen Sandwüste 73 855 450 Mk. zuzuschicken. Und in dieser Weise die Millionen zu verpulvern, dazu ist heute der Freisinn bereit, trotz der unglücklichen Aufstellung über Südwestafrika im Jahre 1901. — Beim Schluß der Sitzung am 2. Tage vorher, der Führer der freisinnigen Volkspartei, von der Schwab nicht freytrahenden, daß er von der Einberufung des Reichstags abriet und dadurch die Mitführung des Reichstags seitens der Regierung in einer so überaus wichtigen Frage gutließ.“

Der reine Joch ist es weiter, wenn der Freisinn auf sein Einseitiges Programm und die darin enthaltenen arbeitserfreundlichen Forderungen pocht. Wie sieht es in Wirklichkeit herein aus? In einem Flugblatt der Halleischen Freisinnigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die freisinnige Volkspartei laut ihrem Programm auch für Vereinfachung und Verbesserung der Arbeiterversicherung eintritt. Ist es auch eine Verbesserung, wenn der freisinnige Volksparteier Dr. Wagnan im Reichstag am 3. Februar 1906 wie folgt äußerte:

„Mein Vorschlag geht dahin, daß lebensfähige, von den Gemeindegemeinden gewählte Beamte an die Spitze der großen Krankenkassen, wie sie mir vorzuziehen, werden.“

Mit diesem Vorschlag wäre den Ortskrankenkassen das Selbstverwaltungsrecht erheblich beschnitten und anstatt einer Verbesserung hätten die Versicherer hier auf Kürzung des Freisinn eine Verschlechterung zu erwarten.

Im Jahre 1897 legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der die Arbeitergesetzbestimmungen der Gemeindeverwaltung auf die Konfessionsarbeiter ausdehnte und sie gleichzeitig der Krankenversicherung unterstellte. Gegen diese Vorschläge des Bundesrates, auf dem Verordnungswege Schutzbestimmungen zu erlassen, wandte sich der Führer der freisinnigen Volkspartei, der verstorbenen Eugen Richter. Das Gebaren Richters fertigte unter Parteigenosse Singer damals u. a. mit der Bemerkung ab, daß er auf diesem Gebiete eigentlich dem Bundesrat noch mehr zuzutraue wie der freisinnigen Volkspartei.

Anfang der neunziger Jahre begann in Bayern eine freisinnige Agitation gegen das Invalidenversicherungsgesetz. Diese Agitation verlief jedoch bald im Sande. Aber im Jahre 1899/97, als die Regierung einen Revisionsentwurf zu diesem Gesetze vorlegte, ging auch gleichzeitig ein Revisionsantrag von einer Anzahl Abgeordneten ein. Der freisinnige Führer Eugen Richter meinte damals, „das einzige Mittel wäre eine schriftliche Aufhebung des ganzen Gesetzes“. Die Regierung jedoch lehnte es ab, auf solche Verordnungen einzugehen.

Bzüglich eines Maximalarbeitsgesetzes äußerte sich am 9. Februar 1902 im Reichstage der freisinnige Volksparteier Dr. Krüger u. a. wie folgt:

„Der Maximalarbeitsstag schematisch einzuführen, verwerten wir auf das Entschiedenste.“

Damals wurde zunächst nur der Behnstandtag gefordert. Aber nicht allein Dr. Krüger sondern die freisinnigen überhaupt lehnten sich, wie schon im Jahre 1897, dagegen auf, da die Begrenzung der Arbeitszeit Ermahnen niedrigerer Stufen und vermehrte Frauenarbeit zur Folge haben. — Jetzt aber, während der Wohlgeit befürwortet sogar die Saalezeitung eine Herabsetzung der Arbeitszeit.

Kein Wunder also, wenn die freisinnigen Ansichten, wie die des Dr. Krüger, vertreten, daß sie dann auch 1896 im Reichstage vollständig schwiegen, als dort eine Interpellation wegen des damals ausgedehnten großen Konfessionsarbeiterstreiks von den Nationalliberalen eingebracht wurde. Selbst der Minister V. Bessel sprach sich für eine Änderung der unwürdigen Zustände aus und erklärte den Streik für berechtigt. Die Freisinnigen aber schwiegen und Eugen Richter schrieb nachher in seinem N. D. G. Buch u. a. folgendes:

Die freisinnige Volkspartei nimmt grundsätzlich im Jahre 1902 wurde eine Bundesratsverordnung betr. der Beschäftigung von Schiffen im Ost- und Schantwirtschäften erlassen, die diesen Schiffen eine Ruhezeit von acht Stunden sicherte. Auch das ist den freisinnigen, die ihre Arbeitserfreundlichkeit nur während der Wahlzeit im Wunde herumführen, zu viel, denn der freisinnige Volksparteier Dr. Krüger wurde bereits ein Jahr später, daß diese Verordnung aufgehoben resp. verschlechtert werden sollte. — Kaum war die Verordnung zum Schutze der Väterearbeiter erlassen, da meinte der Abgeordnete Eugen Richter, daß durch diese Verordnung ein „Gefühl der Rechtsunsicherheit“ in die weitesten Kreise getragen worden sei. Dies tut dem Freisinnsmann von der „äußeren Linken“ ein Lob des Grafen Herbert Bismarck ein.

Zu dieser Weise sind die Freisinnigen als „Arbeitserfreunde“ noch weiter aufgetreten im März 1898 bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Seitens der Sozialdemokraten war die Aufhebung der Gemeindeordnungen und Regelung des Gemeindevertrages durch das Bürgerliche Gesetzbuch beantragt worden. In der Kommission stimmten von 19 Mitgliedern für Befreiung der Gemeindeordnungen sechs Ultramontane, ein Pole, zwei Sozialdemokraten; die zwei freisinnigen, die der Kommission angehörten, stimmten mit den übrigen Mitgliedern dagegen. Die beiden freisinnigen konnten hier den Ausschlag geben, ihre „Arbeitserfreundlichkeit“ ließ dies aber nicht zu.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte am 9. Dezember 1895 im Reichstage folgende Resolution ein:

Die verbündeten Regierungen zu erwidern, dem Reichstage die zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch sämtliche Landesregierungen die Bestimmungen über die Requisitionen der Land- und

fortschrittlichen Arbeiter und des Gefühls zu ihren Arbeitgebern, bzw. zu ihrer Dienstherren ausgehen werden und an deren Stelle die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung treten. Die freisinnige Volkspartei stimmt mit wenigen Ausnahmen auch gegen diese Resolution. Somit darf der Ungehorsam der landwirtschaftlichen Arbeiter weiter unter Polizeistrafe gestellt, das Gefährde weiter gepregelt werden.

Dieselbe Arbeiterfreundlichkeit, die die Freisinnigen im Reichstagsantrag an den Tag legen, bekunden sie auch im preussischen Landtag usw. Im April 1898 verlangten im Abgeordnetenhaus die Kontraktbrüche die Freisinnigen der Freisinnigkeit und begeherten ferner: Ausländer, Galgler, Polen, Russen, Judenhändler und Korrigenden sollten zur Konkurrenz mit dem freien deutschen Arbeiter zur Drückung der Löhne zugelassen, Soldaten zu länderlichen Arbeiten erlaubt werden. Die Freisinnigen fanden kein Wort der Erwiderung auf diese Anbetenungsgefälle. Landarbeiter merkt auch das, zumal man als Lohnbrüder am liebsten auch nach Cullis einführen möchte. Vielleicht treiben wir in Deutschland auch deshalb Kolonialpolitik.

Im anhaltischen Landtag trat der freisinnige Volksparteier Irmer für die Befreiung des Kontraktbruchs länderlicher Arbeiter ein. Als er deshalb Angriffe erfuhr, wandte er sich an die freisinnige Parteileitung in Berlin. Von dort erhielt er folgende Antwort:

Für die Zugehörigkeit zur freisinnigen Volkspartei ist die Anerkennung des Nürnberger Parteiprogramms maßgebend. Ueber die Frage des Kontraktbruchs ist in diesem Programm nichts enthalten, die Stellungnahme bei dieser Frage also nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zur Partei. Gegenüber Dr. Müller-Sagan. Berücksichtigend können die Freisinnigen sich aber auch einmal arbeitertreuhaft zeigen. Im März 1903 wurde im preussischen Landtag über einen freisinnigen Antrag verhandelt betr. Regelung des Bauarbeiterlohns, namentlich zum Zwecke einer wirksamen Unfall- und Krankheitsversicherung. Als hierzu die Regierung erklärte, sie sei nicht für ein einheitliches Landesgesetz zum Schutze der Bauarbeiter zu haben, fesselten die Freisinnigen um, geben ihren Antrag preis und begnügten sich mit ungenügenden Polizeivorschriften über diese Materie.

Eine solche freisinnige Partei erdreistet sich nun, während der Wahlzeit den Kurzeim in Stadt und Land, den Beamten, den Mittelständ, Arbeiter, allen Wählern goldene Worte zu versprechen, um nach der Wahl nichts, aber auch rein gar nichts zu halten. Selbst für die Erhaltung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zum Reichstags sind die Freisinnigen die allernachlässigsten Konstanten, denn der ideale Wahlrechtsraub in den Kantonsstädten ist auf ihr Konto zu legen. Auf dem wahlberechtigten Parteitag der Freisinnigen Vereinigung ist auch der Hamburger Wahlrechtsraub zur Förderung gekommen. Der Delegierte Dr. Goldfeld ist für den Wahlrechtsraub eingetreten.

In Hamburg zählt die Bürgerliste (Gemeindevertretung) außer 13 Sozialdemokraten und 1 Antisemiten lauter liberale Mitglieder. Hieron haben nicht weniger als sechs Siebenteile, nämlich 120 gegen 22, für die Verfallungsbänderung gestimmt.

Eine solche Partei, bei der die wichtigsten Volksrechte nicht gewahrt, die durch Bewilligen von weiteren Millionen für die Kolonien usw. das Vaterland immer mehr in Schulden führt und als deren weitere Folge die Belagerung der breiten Masse des Volkes mit neuen Steuern und Zinsen kommen wird, eine Partei, die für seine einzige Arbeiterförderung ernstlich zu haben ist, ja dieselbe noch befähigt, einer solchen Partei gilt es am 25. Januar den Laupass zu geben durch fröhliches Eintreten für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten. An den wahlberechtigten Beisitzern wird gesagt, weicht unfreier und unanfechtbarer, ja volksfeindlicher Vertreter die Freisinnigen in der Vergangenheit waren, und aus der Verantwortung der Freisinnigen mit dem gelamten bürgerlichen Nichtswagen mögen die Wähler ersehen, wie weit die Freisinnigen in der Gegenwart auf den Hund gekommen sind, und wie die Wahl eines freisinnigen Kandidaten unterwirft, der lauter die Schuld mit auf sich, wenn die Freisinnigen, die auf den Rücken des gelamten bürgerlichen Nichtswagens im Reichstag einmarschieren möchten, in Zukunft sich noch volksfeindlicher wie bisher zeigen. Wer dies aber nicht will, der wählte am 25. Januar den

Kandidaten der Sozialdemokratie!

Halle und Saalkreis.

Halle, 21. Januar.

Zu 150 Mark Geldstrafe wurde heute vormittag wegen Verunstaltung einer Kriegsgewehrverhandlung, welche unter Ausschlag der Öffentlichkeit lagte, vom hiesigen Schöffengericht kollektive Fröhlich verurteilt.

Die gestrige Stadtvorstandensitzung stand unter dem Eindruck der Reichstagswahlen. Ueberall schlugen die Herzen für die Arbeiter warm. Dies offenbarten der linksfreisinnige Stadtv. Döbler und der ordnungsparteiliche Herr Stecher. Hoffen wir, daß die Herzen für die Arbeiter warm bleiben und nach den Wahlen nicht erkalten. Den Leitern des Elektrizitätswerkes und der Gasanstalt bewilligte man je 1000 Mark Zahlung. Bekanntlich lehnte das Kollegium die Forderung nur einigen Wochen ab. Mit der Zahlung wollte man bekannte Unfruchtigkeiten besetzen, und das Kollegium tippte um. Es war in Halle nicht das erstmal. Ueberigens war das Kollegium gestern außer bewilligungslustig. Dem Oberingenieur für das Tiefbauamt gab man auch 600 Mark, und dann bewilligte man auch noch die Kleinigkeit von 28 000 Mark für Vernehmung der Festungspolizei. Es war alles da. Daß Herr Dr. Rine den Beamten über den Vorfall, und Emmer, die für seine Pläne nicht zu haben waren, zurück, und die Freisinnigen konnten sich nicht vertragen. Die Polizei und Sozialdemokratie weiß den Dienst der sein gutes Recht. Die Sozialdemokratie weiß den Dienst der unteren Volksschichten noch zu verdienen und sie weiß auch, unteren Volksschichten Dienst von den unteren Beamten verlangen wird. Wie die unteren Beamten über den Dr. Rine jetzt vor der Wahl künstlich konstruieren Gegenstand denken, müssen wir den Herren schon selbst überlassen; wir zwingen

nemand uniere Freundschaft auf. Das eine können wir aber dem Herrn Dr. Rine versichern, daß wir uns mit Volksgenossen vom Schlage der ominösen Beschlässe nicht tuzzi quanti gegen in lächerlichen Gesellen bringen lassen. Insofern. Herr Dr. Rine, da gibt es kein Vertragen mit der Sozialdemokratie, und wäre es anders, dann wäre es falsch.

Das Zeugniszwangsverfahren

In dem Prozeß des Rechtsanwalts Suchsland gegen den Kollegen Thiele beschloß, wie schon gestern kurz erwähnt, das Schöffengericht. Der Suchsland schloß sich durch zwei im Volksblatt unter den Spitznamen: „Der irdende Rechtsanwalt“ und „Die müßliche Anwaltsrechnung“ veröffentlichte Artikel beleidigt. Er lagte aber nicht gegen den verantwortlichen Kollegen Mollenhuth, sondern gegen den seiner Meinung nach vernünftlichen Verfasser, Kollegen Thiele. Er behauptete, er kenne die Sachverhalte Thieles, der ihn schon zweimal beleidigt habe. Verlesen wurden die in dem in dem Artikel nicht. Der Belegte lehnte die Verantwortung aus präsekundären Gründen ab, mit dem Hinweis, er könne juristisch nicht zur Verantwortung gezogen werden. Der Privatkläger bemerke, er sage es dem Belegten auf den Kopf zu, daß er der Verfasser der Artikel sei. Um dies zu beweisen, habe er den Kollegen Mollenhuth als Zeugen laden lassen. Mollenhuth ist bekanntlich schon einmal in der Sache wegen Zeugnisverweigerung mit 75 M. bestraft. Er blieb auch gestern bei der Verneinerung und erklärte, er könne es mit seiner Ehre als Reklamatist nicht vertragen, die von Herrn Suchsland gemündliche Quelle anzugeben. Ueberigens habe er ein Recht zur Zeugnisverweigerung, da er nach § 56 der Strafprozessordnung als Zeuge in Frage komme. Der Gerichtsvorsteher erklärte die Verneinerung für unzulässig und meinte, das Gericht könne den jetzigen Zustand nicht ändern. Ueber den jetzigen Zustand hätten schon viele „Redebeit“ Das Geleg verange die Vernehmung und Vernehmung. Rechtsanwalts Thiele beschränkte die eibliche Vernehmung als gesetzlich unzulässig und Kollege Thiele wies auf den im Sommer gegen den Kollegen Gehling verhandelten Prozeß hin. Damals hatte ein Herr Gehring gegen Gehling als vernünftlichen Zeuge gefügt und der damalige Verantwortliche, Kollege Däumig, war als Zeuge geladen. Es lehnte aber nicht bloß das Schöffengericht sondern auch die Strafammer die Vernehmung Däumigs als Zeuge ab. Gehling wurde ebenfalls freigesprochen und das Oberlandesgericht in Rumburg bestätigte das Urteil. Dieses Urteil entsprach dem Freigesetz. Da Kollege Mollenhuth sich auf eine eibliche Vernehmung nicht einließ, zog sich das Gericht um er Vorfall des Amtsräters Fleischmann zurück und verurteilte denn, daß Zeuge Mollenhuth mit einer Geldstrafe von 150 Mark ebenf. Haftstrafe zu belegen sei. In der Begründung des Beschlusses hieß es: Ein geheimer Grund zur Zeugnisverweigerung stehe dem Zeugen nicht zur Seite. Die Strafprozessordnung müsse so ausgelegt werden, wie sie vorliegt und nicht, wie sie einmal werden solle. Das Geleg geht jetzt die Möglichkeit zum Zeugniszwang und deshalb sei wie gelehrt erkannt worden. Zu weichen Maßnahmen wurde für Anfang Februar ein neuer Termin angesetzt.

Es lebe die Kompottschüssel!

Wahre Zimmerlöcher, wie man sie in einer Industriestadt einfach nicht für möglich halten sollte, wurden in der letzten Gemeinderatssitzung in der Sache der etwa 19jährigen Arbeiterinnen Grunat und Reichenbach über die Saaleische Papiermanufaktur von Jospisoff festgestellt. Die Klägerinnen beanpruchten den letzten Wochenlohn von 7.15 M. bzw. 7.08 M., und der Firmeninhaber macht Gegenforderungen wegen Kontraktbruchs geltend, da die Mädchen am 11. Januar widerrechtlich die Arbeit verlassen hätten. Beflagter beanpruchte durchsichtliche Wochenlöhne von 6.80 M. Er war zur Verhandlung nicht selbst erschienen, sondern hatte einen Vertreter, Kaufmann Dicks, gelandt. Die Mädchen machten geltend, sie hätten ganz mit Recht die Arbeit verlassen, denn mit den Bönnen, die in jener Fabrik gezahlt würden, könnten sie unmöglich existieren. So hätten sie z. B. in der Reuzbierstraße - fünf Tage Arbeit bei einer Beschäftigungszeit von früh 7 bis abends 7 Uhr - Wochenlöhne von 2.01 M. und 3.85 M. verdient. Der Vorsteher und die Beisitzer waren erstaunt über diese Entbehren und glaubten zunächst, die Mädchen irrten sich in ihrer Behauptung. Deswegen Vertreter vermochte aber nicht die so sehr gratierenden Behauptungen zu widerlegen. Rein, sein Lohnbuch bestätigte die Behauptungen der Mädchen. Und noch mehr. Auf die Frage: „A. sind die Mädchen vielleicht auf gemein?“ erfolgte keine Antwort des Vertreters. Die Klägerinnen erklärten, fleißig gearbeitet zu haben und bezeichneten die Monatspreise als äußerst niedrig; für 1000 Stkitten ansetzen bekämen sie 90 Pf. zc. Der Vorsteher stellte nunmehr nach der Lohnliste des Beklagten fest welche Löhne im November und Dezember von den beiden Mädchen verdient worden sind. Diese beziffern sich auf 4.91 M., 3.92 M., 6.95 M., 8.68 M., 1.86 M. (für zwei Tage), 7.06 M., 8.01 M. zc. Davon gingen noch die Versicherungsbeiträge ab. Stadtrat Kurtz erklärte hierauf, daß dies Bönnen wären, mit denen man wahrlich keinen Staat machen könne. Der Unerwähnte mußte doch dafür sorgen, daß der Lohn zu der Leistung mindestens einigermassen in einem entsprechenden Verhältnis stehe. Der Belegte würde vielleicht gut tun, seine Klage wegen Kontraktbruchs zurückzunehmen, denn wie das Gericht über das angeführte kontraktbrüche Verhalten der beiden Mädchen denke, scheint nicht so sehr fraglich zu sein. Nach § 124 der Gewerbeordnung konnten Arbeiterinnen das Dienstverhältnis ohne Kündigung lösen, wenn sich der Unternehmer einer widerrechtlichen Ueberborteilung schuldig mache. Ob dies hier der Fall sei, darüber fömt man ja mit dem Unternehmer selbst vor Gericht einmal reden. Das Gericht fällt zunächst ein Urteilteil, nach dem den beiden Mädchen die Lohnbeiträge von 7.15 M. und 7.08 M. zugesprochen wurden. Die Arbeitgeber wegen Kontraktbruchs wurde verurteilt, um Herrn Jospisoff einmal Gelegenheit zu geben, seine Klage zu „redigieren“. Nebenfalls lieferte die Verhandlung wieder einmal einen Beweis für die glänzende Entlohnung gewisser Arbeiterinnen. Was nicht aber alles Klagen und Beweisen; die Kompottschüssel ist ja gefüllt bis zum Rande.

Das Arbeitersekretariat ist am Walltage geschlossen. Am Donnerstagabend wird daselbst anstatt abends um 8 Uhr um 7 Uhr geschlossen und am Mittwoch fallen die Sprechstunden von 5-8 Uhr aus. Ein Mittwoch wird der Deutsche Künstlerbund freigelegt und zwar mit Widiger Kupfeler Ein Schritt vom Wege. Donnerstag wird an Stelle von Maxos Hochzeit Mignon wiederholt. Der Grund zu dieser Verchiebung ist Unbilligkeit des Herrn Vandorn, der von den Bräuten dispensiert werden möchte, um das Repertoir nicht zu führen. - Freitag. In der Nacht wird ein neues Stück des Bureau des Apollo-Theaters. Eine Seite gelangt heute, Dienstag, den 22. Januar, zum Austrage, der Theater Dieb, der zuerst im Apollo-Theater auftretende Kuntrabader wetete mit dem hiesigen Kaufmann Herrn Schulz, seinen Salmontorte auf dem Theater während der Vorstellung der 30. Gensdarmen durch Herrn Witt Sagenbild, durch den Saig hindurch auszuführen.

Zoologischer Garten. Das Betreiben eines jeden Tierhalters ist es natürlich nicht nur ein Vöcher von jeder Tierart sondern auch ein Zuchtstätten zu bekommen, aber das ist viel einfacher, als man gemeinhin denkt. Es hat 5 Jahre gedauert und heutige mehrfachen Wechsell der Tiere bis endlich man die Eizern und aus den Silberlörben oder Bumas ein Paar wurde. Ehenjo schwierig ist es auch mit dem Quati, bei den wir mit mindestens 1 Tugend den Versuch gemacht haben. Weiteß gelang sofort ein lurchbares Weizen, auch wenn sie erst längere Zeit nur gesetzt wurden, jedoch sie gleich getrennt wurden, war der Tod des Schwächeren sicher. Auch unter praktischer Wiltfater hat zu mehrere Klagen geübt. In letzter Woche hat nur unter jetziges Aguti Weibchen ein Junges geworden, das sofort nach der Geburt nurmehr uherbring, ähnlich wie die jungen Neuseeländerinnen, mit denen die Aguti verwandtschaftlich nahe zusammengehören. Die Aguti sind bekanntlich die Gafeln Robinsons. Von Neuseeländerinnen sei heute nur in Kurze auf die Herde großer Beschädigung und auf das Bären Baum-Warten in der Sumpfpogelwiese neben dem Jochenhaus, sowie auf die Nonnenpale, Knick, Fried- und Schantereiten auf den großen Teichen eröndt.

Aus dem Reich.

Berlin. Duellfrage. Das Kriegsgericht der Landwehrinpektion beschloß sich mit zwei Duellen auf 11. Holten. Ein Kapellmeister und Oberquartier der Reserve, der einen Schußverletzt worden weil dieser ihm aus der Ferne ein Duell stellte und wurde zu vier Monaten Zuchthaus verurteilt. Das Duell verlief unblutig Das Weiche war bei einem andern Zweikampfe trotz dem maligen Aufgewühl auf zehn Meter Distanz der Fall. Hier wurde ein Seemann der Reserve von einem Oberquartier der Reserve wegen ungebührlicher Behauptungen zu jeder Seite getötet. Der Seemann erhielt ein Jahr, der Leutnant drei Monate Zuchthaus.

Vermischtes.

Der Markt für eine Heloland. Eine triste Erinnerung an die Naturkatastrophe von Witten bildet eine Note im Fortnumner General-Anzeiger folgenden Inhalts: „Herr Fritz Wapre n. Hombrugh hat ein Anvermündungsbefehl erhalten, da er aus dem Raum der Robertfabrik als erster etwa 80 volgepaltete Naturbrüthen herausgeholt hat. Er hat dafür außerdem eine Verolohnung von vier Mark erhalten.“ Kommt, nicht ist wohl überflüssig.

Erbeben auf Jamaica. Die direkten Verluste über das Erbeben auf Jamaica lauten noch immer widersprechend. 200 Tote und 1000 Verletzte sind konstatiert. Das Erbeben bedrohte zwar alle Häuser, manche aber nicht erheblich, den eigentlichen Schaden verursachte die Feuerbrunst, die mächtig um sich griff, da die Feuerlöcher nicht mehr zu gebrauchen waren, und wegen dieses Umstandes weniger gelitten zu haben, da die Nachbarorte die Stadt mit Lebensmitteln versorgen und besonderer Mangel nicht erwähnt wird. Dagegen fehlt es nach dem Brande des Militärarsenals an Medicamenten. Die Schiffe im Hafen sind unversehrt; zwei amerikanische Schiffschiffe sind bereits auf der Rede von Kingston eingetroffen.

Eingekandt.

Die Geschäftsleute werden höchlich erwidert, bei der am 25. d. Mts. stattfindenden Reichstagswahl am Vormittag zu wählen, damit der Nachmittag für die in ihrer Zeit beschrankten Arbeiter verbleibt und so die Abfertigung flott von flatten geben kann. H. F.

Briefkasten der Redaktion.

H. A. Kumbendorf. Die Sozialdemokraten haben gegen das Zeitungsgesetz gekämpft, weil es ein Ausnahmengesetz ist. Das Zeitungsgesetz hat dem Zentrum ähnliche Dienste getan wie uns das Sozialistengesetz. Das Gebot ist recht gut gemeint, ist aber nicht drückend.

Frau S. in Teuchern. Desgleichen. Nichtig ist allerdings, wenn Sie über die Wirkung der Sommerischen Grusel-Flugblätter schreiben.

Das alles, alles ist um Sachen; Niemand tut sich draus was machen.

H. M. G. 100. Die Eigentümer der Wibel, also Sie und Ihr zarter Sohn, müssen unter Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung die Freigabe der Wibel verlangen. Wird dieselbe verweigert, dann müssen Sie Interventionsklage beim Amtsgericht einreichen.

H. S. in E. Singer war bis Anfang der achtziger Jahre Wittinhaber der Wibel-Fabrik Singer u. Co. in Berlin. Oben wegen der geringen Entlohnung der Arbeiter und wegen des von einem feiner Kompagnions gebrauchten Wortes, die Arbeiterinnen möchten, wenn sie nicht genug verdienen, auf die Straße gehen, ist die Fabrik in den letzten Jahren unter beträchtlichen manuellen Verlusten ausgefallen. Er wollte die Wibel-Fabrik veräußern, aber er schon hies als Wittinhaber eingetretener, war, nicht mitmachen. Da er nicht mit der Forderung auf weitestliche bessere Bezahlung der Arbeiterinnen durchbringen konnte, trat er aus dem Geschäft, um auch die moralische Verantwortung nicht länger zu tragen.

H. S. in E. 1. Substantien können dem Unterricht beizubringen, brauchen aber kein Gramen zu machen, erhalten deshalb auch kein Abgangszeugnis. 2. Am die im Volksblatt angegebene Adresse: Volkshaus, Dresden-Alttadt, 3. Fern.

H. S. in E. Für die Zeit einer militärischen Lösung brauchen keine Steuern gezahlt zu werden. Wenn Sie sich an Ihren Herrn Bürgermeister. Stilt das nicht, an den Landrat.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

In meinem billigen Inventur- kommt jetzt
Ausverkauf Normal-M. Seiner,
Wäsche jeder Art
zu extra billigen Preisen
zum Verkauf
5% Rabatt auf alle Waren.
Halle, 94 Leipzigerstrasse 94.

„Blauer Stern“, Theissen.
Freitag, Sonnabend und Sonntag,
 den 25., 26. und 27. Januar
großes Vorbierfest
 für unskafische und skafische
 Zuzehörer habe ich die Künstler-
Varioros-Truppe H. Reetz-Leipzig
 gewonnen. Näheres durch die Auszehr-
 Seitel, Schminke und Heißig gratis.
 Sitzgelegenheiten erheben sich ein
 Ernst H. ostischer.

Der Rastball des Radfahrerver-
 eins Theissen findet am Sonntag den
 10. Februar statt. D. D.

Lumpen aller Art, als: Strümpfe,
 ausrang, Wäsche, Schneider-
 Tuchabfälle usw. Gummiabfälle
 jeder Art
 kauft fortwährend
A. Samuel, Gerrenstraße
 26.

M. Kasi, Uhrmacher, Weberstr. 8,
Zeitz.
 macht Reparaturen
 sofort, gut und billig.

Nur diese Woche Inventur-Ausverkauf

von Rest-Parteien und leicht
 beschädigter Waren
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 89/91.

Auf alle Waren 5 Prozent in Rabatt-Sparmarken.

Wollen Sie einen geblegenen Aus-
 oder Paletet sich nach Man an-
 fertigen lassen, so wenden Sie sich ver-
 trauenstvoll nach Str. 19. Dort be-
 kommen Sie — freistellend in der
 stillen Zeit — schon gut sitzende Aus-
 sage und Sommer-Paletas
 von 35 Mark an.

Flechten-Kranke
 erholen gratis und franco erklärende
 Beschrift der Behandlung seit über
 40 Jahren von Prof. u. Prof. Flechten,
 Schuppen, Bartflechte und sonst barte
 nächtigen Ausschlag. **K. Reinecke,**
 Leipzig 81, Dittstraße 30.

Bayrischen Malz
 gegen Husten und Heiserkeit empfiehlt
Max Rädler, Drogie
 Mannsstraße 2,
 Ecke Sternstraße.

Papier- und Papponabfälle
 kaufen jeden Botten
 51. Brauhausstr. 20.

Schneider.
 Gute Maß- u. Paletetarbeiter
 finden dauernde Beschäftigung bei
 Alt. Drechsler Nachf., Poststr. 21.

Hamburg-Weißenfels-Zeich.
Grosse öffentliche Volksversammlungen
Naumburg am Mittwoch den 23. Januar abends 8 Uhr im **Schwarzen Adler.**
Hohenmölsen am Donnerstag d. 24. Jan. abends 8 Uhr in **Steckelberg** im Gasthose des Herrn **Fuchs.**
Weissenfels am Donnerstag den 24. Januar abends 8 Uhr in **Stadt Naumburg.**
 Referent in Naumburg und Weißenfels, Genosse **Adolf Thiele.** In Hohen-
 mölsen, Genosse **Wittig-Leipzig.**
 Tagesordnung in allen Versammlungen: „Ein letztes Wort an die Wähler.“
 Entree 10 Pfg. Zutritt und freie Diskussion für jedermann. Entree 10 Pfg.
 Sämtliche Versammlungen beginnen pünktlich zur angegebenen Zeit.
 Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Mit heute beginnt der Ausstoss unseres
Bock-Bieres
 und empfehlen solches in ausgezeichneter Qualität.
Döllnitzer Brauerei.

Möbelfabrik und Magazin
Bernh. Grünwald
 Rathausstraße 2
 empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter
 Möbel, Spiegel und Porzellanwaren
 zu billigen Preisen.
Ausstellung kompletter Zimmereinrichtungen.
 Langjährige Garantie.
 Besichtigung jederzeit gern gestattet.
 Transport durch eigenes Geheiß frei Haus.
 Fernsprech-Anschluß Nr. 759.

Bettfedern-Reinigungs-Anstalt
 mit elektrischem Betrieb.
 Erste und größte am Plage. — Täglich im Betrieb von 8 bis 7 Uhr. —
 Saubere Antiseptische im Laufe. — Abholen und Aufenden der Betten
 kostenlos. — Neffe Bedienung, billigste Preise.
Inlette in jeder Preislage, **Bettfedern u. Daunen.**
 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. 5 Proz. Rabatt.
Benkwitz, Halle a. S.,
 (früher Märkerstraße 17),
 Alter Markt 3.

Stadt-Theater in Halle a. S.
 Direktion: M. Richards.
 Mittwoch den 23. Januar 1907:
 127. Abonnem.-Vorstellung, 3. Viertel.
 Uraufführung aller
 10. Vorstellung
 im Deutschen Lustspiel-Theater:
Ein Schritt vom Wege.
 Lustspiel in 4 Akten von Ernst Wichert.
 Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Panorama.
 Große Ulrichstraße 61.
 Einzug der Kronprinzessin
 in Berlin.
 12-15 tüchtige
Blech- u. Kesselschmiede,
Nieter u. Stemmer
 sowie einige Zuschlager
 in dauernde Arbeit bei hohem Lohn
 gerucht.
Gustav Kamprath, Sessel-
 schmiede,
 äußere Heiligerstraße.
Makulatur verkauft
 Genossenschafts-Druckerei.

Süßmilch's
Walhalla-Theater
 Täglich:
Elite-Spezialitäten-Vorstellung.
 Siche Plakatsäulen.

Apollo-Theater.
 Direktion: Gustav Foller.
 Heute, Dienstag den 22. Januar abends 8 Uhr:
grosse Elite-Vorstellung
 mit dem anerkannt erstklassigen Dines Weltstadt-Programm.
 Achtung! Größte Sensation!
Eine wahnwitzige Wette!
 wurde zwischen Herrn Kaufmann Schulz von hier und dem
 bekannten amerikanischen Kunradfahrer Herrn Chester
 Dieck (Apollo-Theater) im Café Bauer abgeschlossen; und zwar
 wird Herr Dieck während der Vorstellung der 30 Eibären
 durch Herrn Willy Hagenbeck seinen
Todes-Saltomortale
 mitten durch den Käfig vollführen.
 Diese Wette geht um 20 Flaschen Sekt!
 Wer gewinnt? Wer verliert?
 Zur Erlangung guter Plätze ist die Benutzung des Vor-
 verkaufs im Theaterbureau dringend zu empfehlen. Tel. 153.
 Mittwoch den 23. Januar nachmittags 4 Uhr:
grosse Schüler-Vorstellung
 zu ermäßigten Preisen.
 Auftreten von Chester Dieck, W. Margherita in
 „Ein Märchen aus 1001 Nacht“, dem entzückenden Miniatur-
 Komiker Willy Gabrun und den
30 Eibären.

Drahtzaunfabrik
Carl Lier,
 Ludwig Wuchererstraße 62.
 Billigste Bezugsquelle
 aller Drahtgeflechte.
 Wiederverkäufer höchsten Rabatt.
R. Gottschalek's
 Masken- und Theatergarderoben-Verleih-Institut
 jetzt nur **Grosse Wallstraße 7,**
 hält seine reichhaltige Auswahl neuer feiner
 Herren- und Damen-
Masken-Kostüme
 bei solider Preisstellung bestens empfohlen.
Aufsichts-Postkarten empfiehlt
 Die Volksbuchhandl.

Schluss des **Ausverkaufs** in einigen Tagen **Preise** nochmals **ermässigt** **Wilh. Brackebusch,** Gr. Ulrichstr. 37.
 Goldenes Schiffchen.

Druck und die die Druckerei verantwortl.: August Grotz. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Druckerei (G. G. M. B. G.) Heile a. S.

Zur Reichstagswahl.

Um das Wahlrecht!

Ein Sturmsignal des Reichstages.

In der neuesten Nummer des Konventionen, dem Berliner Hofe nachfolgenden Reichsboten vom 22. Januar geht ein Votum gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht also:

Bei dem allgemeinen Gleichheitswahlrecht und Wahlrechtskausal, der unter Führung der Brüderlichkeit (Partei der Sozialdemokratie) ... unter ganzem Volk zur Parole führen will, möchte man alle guten Geister unseres geliebten Volkes beschwören, um diesem Wahlsinn Einhalt zu gebieten.

Der Freund des Reichsboten nennt schließlich das allgemeine, gleiche Wahlrecht „vernunft- und naturwidrig, äbe, läbde, Gleichmährerei“, und wünscht, „daß unser Volk davon erföh und geheilt wird“.

Dazu bemerkt die Redaktion des hiesigen Blattes:

Das ist die Überzeugung aller einflussreichen ernsthaft patriotischen Männer; die meisten sagen es nur nicht ... aus Furcht vor der demokratischen und liberalen Judenpresse.

Das Ordensfest der Wahlrechtskämpfer.

Bei dem von uns gestern schon erwähnten Ordensfeste am letzten Sonntag wurden auch die beiden Vorkämpfer wider das Reichstagswahlrecht die preussischen Verordnungsgeber: Graf Mirbach-Sorquaitzen und Freih. v. Mantensfeld mit dem Roten Adlerorden II Klasse resp. dem Sterne zum Kronenorden II Klasse ausgezeichnet. Der Führer der Bergarbeiter beim letzten großen Bergarbeiterstreik, Richter, erhielt den Kronenorden II Klasse, der Führer des Schmarotcher-Berandes und Vorkämpfer des Zuchtgesetzes, Wopelins, den Kronenorden II Klasse.

Zu bemerken ist dazu nichts. Wer solche Zeichen nicht zu deuten weiß, dem ist nicht zu helfen. Zu wünschen ist nur, daß solche Tatsachen seinem Wähler unbekannt bleiben mögen!

Keine Kriegervereine sind die Kriegervereine der pfälzischen Orte Feudenau und Niederand. In einem allgemeinen Aufruf wendet sich Vorward und Aushuß und die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Vereine (verhülle dem Haupt, Germania) an die deutschen Kriegervereine, in dem die Not des Volkes dargelegt wird. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Kameraden! Niemals so sehr wie bei Reichstagswahlen tritt die schändliche Mißbräutig, die man den Kriegervereinen zumutet. Sie sollen die sichere Wahltruppe für die reaktionären Parteien bilden.

Kann das Aufgabe der Kriegervereinsmitglieder sein? Ist es Zweck der Kriegervereine, Schlepenträger der hohen Herren zu sein, die die volksfeindliche Politik machen?

Die Kriegervereine sind ursprünglich lediglich zu dem Zweck gegründet, die Kameradschaftlichkeit zu pflegen. Aber später wollte man sie zu allerlei dunklen Tücken mißbrauchen. Unter dem Vorbehalt, sie müssten den Patrioten, die Vaterlandsliebe, die Treue zu Kaiser und Reich besonders pflegen, will man die Mitglieder zu willenslosen Puppen herabwürdigen. Sie sollen nur dem Kandidaten die Stimme geben, der den Herren oben genäh ist.

Mit freundlichen Worten kommen die Herren Bezirkskammern, Richter usw., die Leitnants der Meierei, an sie heran und suchen sie vor ihren Wählerkreisen zu spannen.

Laßt euch nicht bestören! Wenn die Wahl vorüber ist, da kennen die Herren diejenigen, die sie eben noch mit „Kameraden“ anredeten, nicht im geringsten. Ist das Kind tot, dann hebt die Gewatterkraft auf.

Habt ihr wirklich mit der Zugehörigkeit zum Kriegerverein die Freiheit eurer Meinung aufgegeben? Ist es nicht schon genug, daß ihr Euch während Eurer Militärzeit nicht mühen durftet? Soll der Kadavergeier, den man Euch in der Kaserne eingebrüllt hat, auch noch in Privatleben fordbauern? Wie haben wir alle die Tage geätzt, bis wir mit militärischen Zwang los und ledig wurden, und nun wollt ihr ihm Euch freiwillig unterwerfen, indem ihr Euch zu Meinungsstößen für die Kriegervereinsvorsorgelenten hergibt?

Dann geht der Aufruf des näheren auf den Pfeilsch, Brot- und Lebensmittelwucher ein, unter dem alle Wohlstandsschichten leiden. Des weitern geht der Aufruf auf die Verleumdung der Sozialdemokratie ein, die jetzt als Wahlparole gelte: die Kameradschaftlichkeit habe unter tapferen Soldaten durch die Verweigerung des Nachstragsbetrags in Südwestsafrika im Licht gelassen.

Das ist alles frech erlogen. Niemals haben Sozialdemokraten die kampfenden Brüder in Südwestsafrika beschimpft und begeliebt. Ueber solche Anwürfe ist die Sozialdemokratie erhoben, die Partei, die sich von jeder der Veteranen, Krieger- und Militärsoldaten am energischsten angenommen hat, freilich nicht derjenigen, die Offiziere waren, sondern der gemeinen Soldaten der Söhne des werktätigen Volkes. Aber jeder ehrliche Mann sollte gerade so wie die Sozialdemokraten sagen: Einer Kolonialpolitik, die den deutschen Namen mit Unzucht bedeckt, keinen Mann und keinen Groschen.

Kameraden! Ist es patriotisch, Millionen und Übermillionen in ferne Länder, in die Kolonien zum Nutzen von ein paar Dutzend raffgierigen Kolonial-Interessenten zu heden, in dessen Tausende alljährlich in der Heimat darben und hungern?

Wagt darin die Liebe zum Vaterlande, daß man jene Politik aufhebt, die aus der Haut des eigenen Volksgenossen Kiemen schneidet; die das ganze Volk tributpflichtig macht, damit es ein paar hundert Groschgarerier noch besser haben wie die Kaiser?

Laßt Euch nicht betören in Euren politischen Denken durch die Gaukelereien bürgerlicher Parteiführer. Brückt selbst die Hände! Nicht Männer, sondern politische Memmen waren ihr, wenn ihr Euch Eure politischen freien Rechte verknüpfen lassen wolltet durch die leeren Drohungen Eurer Vereinsvorsorgelenten in den Vereinen. Wir sind in Unkunde gegangen, weil wir uns frei und wie es hundertlosen Männern gefiel, offen zu unserer politischen Gesinnung, zur Sozialdemokratie, bekannt haben.

Wir befinden uns aber sehr wohl in dieser Unkunde. Die Sozialdemokratie ist unter allen Parteien diejenige, die es als ihre einzige Aufgabe betrachtet, die unveräußerliche Güter und Wäherin der Rechte und der Wohlfaht

des Volkes zu sein. Darin erblickt sie ihren Patriotismus, die nationale Ehre des Volkes, ihre Vaterlandsliebe.

Welcher brave Deutsche wird sich nicht darin unterziehen, indem er am 25. Januar seine Stimme für die Sozialdemokratie abgibt?

Das sind wenigstens Männer, die begriffen haben, zu welchem Mißbrauch die Krieger- und Militäroveine herangezogen werden, wenn es gilt, unlautere Motive zu verschleiern.

Hoffentlich verhält dieser Aufruf echter deutscher Männer nicht ungehört. Diese haben mindestens die Lage des Volkes begriffen.

Wahlhumor. Ein heiteres Vorkommnis hat sich bei der Auslegung der Reichstags-Wählerlisten in Schleswig ereignet. Nicht nur setzte der Oberpräsident in der Riste, sondern auch alle im Regierungsgebäude wohnenden Angestellten. Danach möchte es fast scheinen, als wären die Schleswiger die Verlegung des Oberpräsidiums nach Lier lieber heute als morgen vor sich gehen. — Einen neuen Weg zur Kenntnisnahme seines politischen Wahlprogramms betrieht er in Kassel anlässlich „Dichter- und Schriftsteller“ Louis Wolff, der sich selbst als Kandidat für Kassel-Wellungen aufgestellt hat; er hat sein Programm in Broschürenform erscheinen lassen und bietet es für 10 Pfennig käuflich öffentlich aus. Der Mann muß ja wissen, was sein „Programm“ wert ist. Wahrscheinlich wird er „einstimmig“ gemöhlt werden.

Kritik, Radfahrer — Wahlpostdienst.

Die strenge Kälte, welche mit vergangenem Nacht eingesetzt hat, wird nach der allgemeinen Wetterlage voraussichtlich mehrere Tage anhalten. Die Arbeiter-Radfahrer müssen damit beim Wahlpostdienst rechnen und dementsprechend sich mit Mundbinden und Ohrenschützern versehen.

Bei dem lebendsten Eifer, der unsere Radfahrer besetzt, möchte ferner jeder am Wahltag betrieht der Schnelligkeit, mit der er seine Wahlbestrafte nach der Zentralstelle bringt, das Möglichste leisten. Im Interesse der Gesundheit jedoch wie auch zur Vermeidung von Unfällen soll auch der eifrigste Radfahrer sich jeden Augenblick darüber klar sein, daß es sich bei Ablieferung seiner Post um fünf bis zehn Minuten nicht handeln kann, sofern die zu große Eile mit Schädigung der Gesundheit oder des Körpers erkauft werden mühte. Aus deshalb jeder Radfahrer bei Erhebung seines Wahlpostdienstes seine Pflicht: aber lasse sich seiner verleiten, seine Gesundheit und seine Sicherheit als Spiel zu setzen.

Alle Kolonnenführer sind verpflichtet, diese Verhaltensmaßregeln nochmals vor Beginn des Wahlpostdienstes jedem Radfahrer einzuprägen.

Wieviel Polizeibeamte dürfen da sein?

Aus allen Kreisen laufen Berichte ein, daß in gegnerischen Versammlungen fünf, acht, ja in einem Falle (bei Brand in Bennstedt) neun Polizeibeamte im Versammlungslokal während einer Versammlung anwesend gewesen sind.

Das ist durchaus ungesetzlich, § 4 des Vereinsgesetzes für Preußen, erster Absatz, lautet wörtlich:

Die Ortspolizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden, einen oder zwei Polizeibeamte, oder eine oder zwei andere Personen als Abgehörnete zu senden.

Mehr als zwei Beamte, seien es Polizisten oder Gendarmen, Uniformierte oder Nichtuniformierte, sind demnach in keiner Versammlung zu dulden. Hält man zum Schutze des Meierenten oder aus anderen Gründen ein größeres polizeiliches Aufgebot für nötig, so müssen die andern vor dem Saale, außerhalb des Versammlungslokals bleiben. Unsere Genossen müssen, wenn die vorstehende Gesetzesbestimmung verletzt wird, sich erkundigen, welcher Beamte die Leitung hat und diesem dann auffordern, die überzähligen Beamten aus dem Saale zu weisen. Gelächte das nicht, jo ist sofort Beschwerde beim Landrat zu erheben und uns Mitteilung von der Antwort zu machen.

Halle und der Saalkreis. Heute abend

sinden im Bellevue, Lindenstraße, und im Burg-Theater, Giebichenstein, zwei große Wählerversammlungen statt, in welcher die Genossen Voh-Halle und Geiger-Leipzig die Kampfweise der Gegner kennzeichnen werden.

Die Arbeit am Wahltag.

Parteilagenossen, die am Wahltag nachmittags von der Arbeit frei sind und nicht schon für Parteiarbeit in Anspruch genommen werden, wollen sich recht zahlreich zur Parteiarbeit in folgenden Lokalen einfinden:

- Schramm, Mersburgerstraße 54.
- Konig, Pfännerstraße 28.
- Schumhake, Verramstraße 18.
- Hingz, Forsterstraße 16.
- J. Streicher, Al. Klaustraße 7.
- Weiße Hof, Geißestraße 5.
- Kreyer, Eisingerstraße 36.
- Günner, Gendarmenstraße 19.
- Dollpart, Burgstraße 27.
- Voss, Deligierstraße 23.
- Reinshof, Kröppel.
- Bendelin, Treß.

Parteilagenossen! Die Gegner verdamnen mit allen unlauteren Mitteln den Sieg der Arbeiter zu verhindern. Zeigen wir, daß wir imstande sind, große Opfer für die Partei zu bringen. Jeder Parteilagenosse, der an diesem Tage frei ist, stelle sich der Partei in den oben angegebenen Lokalen zur Verfügung. Die Parteileitung.

Parteilagenossen!

Am Mittwoch abend wird ein Flugblatt verbreitet. Die Genossen wollen sich an diesem Abend in den besagten Diktatrislokale zahlreich einfinden. Eine andere Ausforderung erfolgt nicht mehr.

Die in Aussicht genommene allgemeine Sitzung

der tätigen Genossen am Mittwoch abend findet nicht statt. Dagegen werden die betreffenden Genossen ersucht, sich in die auf den Einladungskarten benannten Lokale zu begeben.

Die nationale Ehre.

Wie es mit der Verjorgung der Unteroffiziers-Pensionäre ausieht, dafür gibt ein Brief eines alten Veteranen aus dem Saalkreise an unsere Reichstagskandidaten Fritz Kunert Aushuß, welcher ihm kürzlich zuging. Das Schriftstück bildet eine gewaltige Anlage gegen den Klassenhaß, der keine nationale Ehre darin sieht, für vermögende Offiziere einen Pensionssfonds von 113 Mill. Mark pro Jahr auszugeben, während die ausgeübten Angehörigen des Unteroffiziersstandes ein Leben voller Jammer und Entbehrungen führen müssen.

Der Brief, welcher das traurige Schicksal der armen Veteranen schildert, hat folgenden Wortlaut:

Gedechter Sper!

Eben habe ich Ihr Flugblatt Deutschland in sozialpolitischer Beleuchtung gelesen. Sie denken darin auch der Veteranen, sowie der Unterbeamten, und so will ich Ihnen die traurige Lage der pensionierten Unterbeamten beschreiben, welche die Ehre hatten, als Unteroffizier, Sergeant oder Feldwebel von 1863 bis 1873 zu dienen und die Feldzüge 1864, 1866, 1870-71 mitzumachen, ihre Gesundheit größtenteils dem Staate zu opfern und dann ohne Pension vom Militär abgelassen worden mit einem viertel Bogen Papier (Zivilversorgungsschein genannt), worauf geschrieben steht, daß der Feldwebel 9. die Verrechnung hat, im Zivilstand angestellt zu werden.

Nun glaubt der Unteroffizier pp.: Müßten nicht die Behörden anstellen und ich werde ein Beamter. Feldgehilfen, es kommt anders. Er meldet sich bei einer Behörde. Wie alt sind Sie? 34 Jahre. „Wir stellen lieber junge Leute an.“ Die ausgeschiedenen Unteroffiziere sind in die Irre zu gehen.

Ich habe das Militär-Ehrengeheim wegen Tapferkeit vor dem Feinde bekommen und drei Kriegs-Entmännungen habe neunmal dem Staate tüchtige Soldaten ausgebildet. Sie befehlt, daß sie im Kriege tapfer und müht sein sollen, patriotisch gekämpft usw., und die Zivilisten wollen das nicht, da mich die zu einer anderen Behörde gehen überall der selbe Empfang. Endlich bei einer Eisenbahninspektion nahm man mich an. Nachdem ich vier Jahre Dienen von täglich 2 Mark bis 3.50 Mark, wovon noch für einen Monat jährlich abgezogen wurde bis zur Anstellung außerdem zur Pensions-Zuschußkasse, wurde ich als Ledemelter mit jährlich 1050 Mark, und 108 Mark Wohnungsgeld angestellt, bezahlt demnach als angestellter Beamter 112 Mark weniger. Als ich mich beschwerte, weshalb ich nicht Militant geworden wäre, dann hätte ich doch 1500 Mark Gehalt und 300 Mt. Wohnungsgeld bekommen, erhielt ich zur Antwort: Ich hätte nicht die nötigen Kenntnisse dazu. Vier Jahre hatte ich die nötigen Kenntnisse und wurde auch bei Pensionen gelobt, daß man eine Stelle für mich habe, wenn ich habe die Güterklasse, während ein Militant die Güterklasse hatte, welche nicht so hohe Beträge ergab wie die Güterklasse, aber ausstimmte.

Durch das Vermitteln auf freiem Felde vor Paris, hatte ich mir ein schweres Magenleiden zugezogen, woran ich heute noch leide. Da ich nun älter krank war, so beantragte der Eisenbahn-Amt meine Pensionierung, bevor ich meine Güterklasse erreicht hatte. Alle Versuche, Militantentzen zu erhalten, schlugen fehl. Die Militärärzte sagten, die Krankheit habe ich mir bei dem Eisenbahnen zugezogen.

Als das neue Militär-Pensionsgesetz vom 30. Mai 1906 erschien, wo so viele Versprechungen gemacht wurden von den Verlagsstammes, melde ich auch ich mich, und noch viele andere, die erhalten den Reichsb., habe betrieht die Kriegs- und Friedens-Zuständen. Ich bin so schwach, daß ich kaum noch fort kann. Ich besitze 600 Mt. Pension und 112.80 Mt. Wohnungsgeld, zusammen also 712.80 Mark. Ich kann nur eine leuchte Kellerwohnung oder Dachkubbe bewohnen, muß Pferdefleisch essen und ein Magazine oder ein amerikanisches Schmalz. Meine Gelder kann ich nur bei dem Althändler kaufen. Hieran sind nur unsere vergrößerten Gelehe schuld. Niemand denkt an die alten Unteroffiziere, welche jetzt die Zivilpension bekommen, weshalb ich den die ungenügende Pension nicht mehr annehme.

Ich kam um Pensionierung ein, meine einzige Bekannten von mir, die nur drei Jahre Soldat gewesen waren, bekommen, aber einen Feldzug mitgemacht hatten, da schrieb man mir zurück: ich bekomme über 600 Mt. Pension und da bei es ungesetzlich, wenn man mit die Zulage genähre. Zweimal ist der Wohnungsgeldausbeh für die Unterbeamten erhöht worden, so daß diejenigen, welche nach dem 1. April 1906 pensioniert werden, 186 Mt. jährlich erhalten. Uns läßt man weiter hungern.

Von den Herren Abgeordneten, außer den Sozialdemokraten, haben wir nichts zu erwarten. Bitte, erbarmen Sie sich über uns, wenn Sie gemöhlt werden sollten, was wir alten Unteroffiziere gemacht, weil alle von uns an dem Morgen wüßten, wir dürfen ja wegen unserer Güter Sie nicht wählen, weshalb wir eben gar nicht zur Wahl gehen, denn wir wissen Weißsch.

Mit ganz besonderer Hochachtung! (Folgt Name.)

Die leichere Meinung ist nicht richtig. Mit dem Dienstende, den sie als Soldaten geschworen haben, haben die Veteranen ihre politischen Rechte nicht veräußert. Wenn sie ihre bejammerenswerte Lage einsehen, so haben sie im Interesse der sozialdemokratischen Partei, dafür einzutreten, daß durch die Wahl sozialdemokratischer Volksvertreter endlich menschenwürdige Zustände geschaffen werden. Die Veteranen dürfen nicht abwärts herabsinken, sondern eine nationale Ehre zu verteidigen. Das Wohlwollen aller Menschen im Staate und die menschliche Gerechtigkeit.

Ein neues Schindl-Flugblatt,

welches inhaltlich mindestens ebenso unredlich ist, als seine Vorgänger, wird gegenwärtig in Halle durch die Post als Druckfache verteilt. ...

Schulfinder als Flugblattverteiler.

Dieses eben gekennzeichnete Flugblatt wurde am Sonntag in Dienitz, angeblich im Auftrage eines Lehrers, von Schulkindern von Haus zu Haus gerufen. ...

Sozialdemokraten, hütet wie erbietet!

Am vergangenen Sonntag sprach Genosse Fritz Kuntze in Pöthen und lebte dort im Restaurant 'Bock in Pöthen' ...

Die Furcht vor dem schwarzen Manne

Meint die Saale-Zeitung ernstlich zu haben. An hervorragender Stelle liest man in diesem neunmaligen Blatte folgende Notiz: 'Bebel kommt nach Halle. Von den Genossen wird vorläufig noch abgesehen, daß sie Vorbereitungen treffen ...'

Zeit-Weisensfelds-Kammburg.

Die Wahlbezirke der Städte Zeit, Weisensfeld und Kammburg werden im Inferententeile der morgen erscheinenden Nummer veröffentlicht werden. ...

Huben-Sommer bleibt Huben-Sommer.

Am Sonntag sprach Herr Sommer in Gumnitz. Als er allzu unerschrocken auf die Sozialdemokratie lospaukte, wurden die zahlreich anwesenden Arbeiter denn doch ungemächlich und unterdrückt dem Schimpf-Reden durch Zwischenrufe. ...

Endlich mal etwas, was wahr sein kann!

Bisher war absolut nichts wahr, was das Volkstblatt über Sommer und sein Gesagte mitzuteilen mußte. Es war nicht wahr, daß Sommer die Sozialdemokraten unsere Huben geschimpft hätte. ...

demokratie vom Reich der Sommer-Vorfstellungen ausgeschlossen. ...

Demontierbrühe gefällig?

Schon wieder sind wir in der Lage, aus dem Sommerischen Anzeiger eine kleine Mitteilung zu bringen. Am Dienstag voriger Woche erhielt Herr Sommer bekanntlich die schriftliche Anfrage, wann und wo sein Verprechen einlösen und sich unseren Genossen Ziele in öffentlicher Versammlung zur Debatte stellen wolle. ...

Ein Althward in freisinnigem Einband.

Die rohesten antisemitischen Manieren sind Herrn Sommer eben recht. Er schämt sich Althward, nimmt es so wenig wie dieser mit der Wahrheit genau, dementsprechend vertritt soviel Unkenntnis wie der genannte Althward selbst. ...

Herr Rektor Paul Sommer, Der neue Geld aus Pöthen.

Unabhängig voneinander zeigte, daß alle, die das in der Wirtschaft ansehende Bild sehen, den Blick verstanden. ...

Von Stufe zu Stufe.

Ein neues Sommer-Flugblatt operiert mit den nagelneuen Gedanken, die Sozialdemokratie wolle den Mittelstand ruinieren, die Bauern heillos machen und die Arbeiter vollends ins Unglück stürzen. ...

Verblüffend ist wieder die Kenntnis des Flugblattschreibers über parlamentarische Vorgänge. Er erzählt, Ziele habe im Freitagsrat über eine Petition der Hoteliervereinigung zur Tagesordnung beantragt. ...

Die Köfener Versammlung am Sonntage war für uns so vorzüglich verlaufen und die Einwände des Prof. Vosselt gegen das Referat Zieltes waren von demselben so wirkungslos voll pariert worden, daß ein Gegner, nachdem Ziele die Versammlung hatte verlassen müssen, um rechtzeitig nach Leutenberg zu gelangen, ein Kaiserhoch ausbrachte. ...

Wersburg-Querschnitt.

'Die Liberalen' haben uns vom Besuche ihrer Versammlungen ausgeschlossen! Heute, Dienstag, findet im Leipzig zur Wersburg die erste Versammlung unter Ausschluß der Sozialdemokraten statt. ...

Distrikt Passendorf-Weischitz. Genossen, welche sich gemeldet hatten, um am Wahltag mitzuarbeiten, werden herüber erludt, sich Freitag, früh 7 1/2 Uhr, in Passendorf pünktlich einzufinden. ...

Die Distriktsleitung.

Sozialdemokratische Wahlbesitzer. In Wersburg ist nun an unsern Antrag bis zum Magistrat für jedes der sechs städtischen Wahllokale ein Wahlbesitzer und den Reizen

unserer Parteigenossen zugehanden worden. Das Nicht sehr mündend ab von dem Ausstellen mander Originalen, die überhaupt keinen Sozialdemokraten im Wahllokale dulden wollen. ...

Zur Lage im Wahlkreis.

Je näher der Wahltag herankommt, um so heftiger wird auch der Kampfablauf in einem Kreis, um so schärfer aber werden auch die Mittel, mit denen die Gegner uns bekämpfen. ...

Im Laufe der vergangenen Woche traten dem Herrn in Wersburg die Genossen Müller und Röder mit gutem Erfolg entgegen. Am Dienstag wurde er in Pöthen von den Genossen Müller und Thiene vertrieben, auch hier war der Erfolg für uns befriedigend. ...

Uns selbst steht am Ende, mit Ausnahme des Schreiberbezirks, nicht ein einziger Saal zur Verfügung. ...

Für Pöthen, gegen Windler! So lautet die Parole der Arbeiter, Handwerker und Unterbeamten am 26. Januar, nicht aber umgekehrt, wie es die berühmten 'Wähler für Windler' mündigen. ...

Wer trübt die Steuern und die Kosten? Hauptkassier! Die Weichen, die Arbeitgeber, die Gemittelten, die wenig Gemittelten bleiben bei uns Staatssteuereiner! ...

Jeder organisierte Arbeiter muß an die Parteikasse, je nach seinem Verdienst 20 bis 60 Mark und oft noch mehr jährlich zahlen; bei Streiks und besonderen Veranlassungen werden noch Extraleistungen geleistet.

Die Sozialdemokratie dreht den armen Arbeitern jährlich 50-60 Millionen Mark aus ihrem lauernden Verbieh, um damit ihre Parteigrößen ihre gewerbsmäßigen Söhne und Agitatoren zu mästen.

Arbeiter! durch eure Notlagen macht ihr eure Kautschukwägen fett. Verlangt ihr aber einen Großen in eurem Lot, so kennt man euch nicht!

Das ist der erste Teil des Aufrufes der 'Wähler für Windler'. Schon die ganze Schreierei zeigt zur Genüge wer der Verfasser der Sudelei ist. ...

Die Genossen, welche bereit sind, sich am Wahltag der Partei zur Verfügung zu stellen, wollen sich Mittwoch abend 8 Uhr im Schanzkollern, Bitterfeld, zu einer Besprechung einfinden.

Delitzsch-Bitterfeld.

Die Genossen, welche bereit sind, sich am Wahltag der Partei zur Verfügung zu stellen, wollen sich Mittwoch abend 8 Uhr im Schanzkollern, Bitterfeld, zu einer Besprechung einfinden.

Gegnerliche Verammlungen. Am 16. Januar hielten die Liberalen in Greisdorf eine Verammlung ab. Die Sozialdemokraten waren natürlich ausgeschlossen. Trotzdem hatten sich die Arbeiter in großer Zahl eingefunden. Als man uns nicht zu Worte kommen ließ, entfernte sich ein großer Teil der Anwesenden unter lautem Protest und hielten in der nächsten Birtlichkeit eine Versammlung ab. Bei der am 17. fortgesetzenden Verammlung in Borch hatten sich die Liberalen bezeugen und man gestohrte mit As und Koch zwei Sozialdemokraten je eine Viertelfunde Weibzeit. Zu Niemegk hatte man mehrheitlich am 18. Januar den Grösten des Freiheitsheiden kommen lassen. Man mehr schätzte uns volle Redefreiheit. Die sie ihm auch so auszusprechen mochten. Selbst das übliche Kaffeehaus fiel uns nicht dafür verzeihen die Anwesenden unter Abhängen des Sozialistenmarisches des Saal.

Die am 20. Januar einseitige Verammlung in Greppin fiel aus. Man gibt an, der Saal wäre obstruiert worden. (Von wem?) Aus dieser Quelle erfährt man jedoch, daß die Verammlung morgen so abbestellt wurde! Wohl an hundert Liberale und Arbeiter erwarteten jechnlichsoo die Ankunft des liberalen Kandidaten, doch der Herr liegt auf sich waren. Auch die am 20. angetagene Verammlung in Sandersdorf wurde telephonisch abbestellt!

Der Volksräte wohl gern die Wähler ziehen? Jurecht heißt er schlechter als die ab und dann heißt es, sie sind uns abgetrieben. Herr Volksräte eben das Märchen erzählen noch nicht auf genug.

Mit den Nationalliberalen will Herr Volksräte nicht gemein haben. In Borch wurde erklärt: Wir müssen uns einem gewissen Weg aneignen. Auch bestreiten die Liberalen, mit den Konventionen zum Annehmendens unverbändelt zu haben. Sie gestehen dann aber an, in Selbst die Verammlung geschlossen zu haben mit den Worten:

„Für Volksräte eventuell für Bauermeister.“

Auch verachtet uns Herr Volksräte auf sein Ehrenwort, jene schwarzen Vögel nicht zu fennen. Die auf den Vögel stehenden Arbeiter wissen es besser, Herr Volksräte!

Mansfelder Areise.

Geizen von der Agitation. Nicht interessante Geizen kann man beobachten, wenn man sich auf einer Agitationstour befindet. Einige seien hier mitgeteilt.

In Erdborn plapperte der vom Reichsverband angeführte Wanderredner Jacobs sein Propagandischreiben herunter. Dieselben gestattete die Größe, gleich Andre, nicht, doch konnten ihm einige Wahrheiten gesagt werden, die unserer Sache sichtlich nützlich waren.

In Pforten wohnte ein ganz Schlämer von den Rentdeuten. Als unsere Flugblätter bei dem Bahnhofsleiter Sommer vorliefen, wollte dieser Böse unsern Leuten die Arbeit erleichtern und ihre Vögel für je einen Zaler abhalten. Aber der Geiz mußte leider seine Taler für sich behalten. Er mag sie seinen Namenscollegen aus Burg senden, bei dem ich Hoffe leicht willkommen.

Der Antidirektor in Selbra nahm einen unserer Genossen einige Flugblätter ab, um sie zum Antisovorherer zu bringen. Doch bald darauf brachte er sie wieder zurück, denn der Herr Borggiegte konnte seinen Gebrauch davon machen.

Am Sonntag früh verteilten Schulkinder im Auftrage des Faktors Harnisch von der Amersbacher Flugblätter, die der fromme Reichsdote, selbstverständlich für den reichsdeutschen Raddemuldbot heraus gegeben hat. Wilhelm II. sagte zwar, die Postboten sollten ihre Hand von der Postzeit lassen, diemsel sie nichts davon verstehen. Aber soviel sollte der Faktor doch verstehen, daß unter der Strichzeit nicht verteilt werden darf. Selbst der Postzeit Robber, der sich diese Blätter von den Rindern zeigen ließ, hatte ansehend nichts dagegen, daß während der Strichzeit verteilt würde. Anders dagegen der Postzeit Diemsel in Mansfeld, der noch nachmittags 4 Uhr einige unsere Genossen verteilte.

In Wernsleben verzögerte der Antidirektor 25 Flugblätter, angeblich im Auftrage des Antisovorherers. In Selbra wurde der ansehend an patriotischen Bahnhofsleiter lebende Ledehändler Gimmer einen unserer Genossen gegenüber handgreiflich und drohte mit dem Stock. Selig sind die geistig arm sind, denn ihrer ist doch Himmelreich.

Arbeits Zerkriegel. Seit Wandsleben umgibt sich Arendt mit einem Stabe von Wollstisten und Gendarmen, sobald er in die Nähe von Geiselen getreten Orte zieht. So waren ein Kommando in Bennefeld nicht weniger als neun Genossen anwesend. Vor dem Arendt dort zuerst gehakt hat, ist etwas ungemüß. Glaube er vielleicht, daß die Reichstherren von seinen Heben begeistert würden, daß sie in ihrer Begierde selbst ihn nicht schonten?

Die besten Geschäfte in der Wahlzeit machen die bürgerlichen Zeitungen; denn die wöchentlichen Annoncen der Reichstherren kosten ein gut Stück Geld. Deswegen werden die Zeitungen aus das Geld der Freistimmen und Sozialdemokraten nicht. Selbst die jehre der Freistimmen konnten für bare 800 Mark einen Auftrag in den Blättern der von der Mansfelder Futterzeile abhängigen Gesellschaft unterbringen, daß Annoncen von Sozialisten aufgegeben, nicht aufgenommen werden, ist selbstverständlich.

Der Antisovorherer ummel ist in unserer Wahlkreis besonders ausgefallen. Dagegen sind Antidirektoren selbst von Arbeitern zu haben, die für die Wiederwahl Arendts, die ihnen doch nicht sicher erscheint, aufstehen. Für die Antidirektoren ist dieser Antisovorherer zeigt es, wenn Leute dabei sind, die nach der letzten Reichstherrenwahl von der Mansfelder Gewerkschaft aus Strakenpläster gereigt und selbst heute noch als Handarbeiter tätig sind. Soll vielleicht die Waage besser wirken als die Waage? Ein anderer Antisovorherer hatte gelegentlich der Skawolle bei der letzten Wahl eine mehrwöchentliche Gefängnisstrafe verbüßen müssen. Jetzt ist er Feuer und Flamme für Arendt! Prüf Teufel über manchen politischen Wahlschlappen.

Sangerhausen-Göhrsdorf.

Die Konventionen diskutieren. Am letzten Sonntag fand in Selbra eine Wahlversammlung statt, in welcher Genosse Sanghorth die Beratung leitete. Als erster Diemsel, Influssreicher sprach Herr Reichsanwalt Wautan, ein konventioneller Herr. In verhältnismäßig jachlicher Weise verfuhr er, die Ausführungen des Meinenten zu widerlegen. Der Schluß der Verammlung betraf aber, daß die Ausführungen des konventionellen Meinenten keine Gegenüber gefunden hatten.

Schlagstation für Schere. In Selbra verteilt der Schullehrer Flugblätter und Schulfachblätter an die Kinder. In Wörtlich erhalten die Kinder sogar Stimmzettel für die Schere ausgehändig. Die Herren Lehrer scheinen auch der

richtigen Ansicht zu sein, daß die Wähler auf Scheres Natur nicht mehr reinfallen. Um nun wenigstens das Material los zu werden, gibt man es den Rindern!

Torgau-Liebenwerda.

Parteienossen! Die Gegner der sozialdemokratischen Partei arbeiten in Gemeinchaft mit behördlichen Organen mit allen Mitteln, um eine Partei nicht aufkommen zu lassen. Man treibt uns die Säle ab, macht die Kriger und Annehmere scham, man schreit sogar vor Gewalttaten gegen friedliche Flugblattverteiler und ungeleglichen Willkürlichen Wegnahme von Flugblättern nicht aus, um den sozialdemokratischen Sieg zu verhindern. Niemals hülft sich, anständigen und streng gesetzlichen Verhalten in der Agitation gegen die Zügel der bestehenden Kräfte mit Robeiten, Gewalttaten und Ungeleglichkeiten!

Um so mehr müssen wir auf dem Posten sein, um die es Vorgehen der Gegner unmitbar zu machen. Daher ist unbedingt nötig: Am Wahltag Verteilung sämtlicher Wahllokale. Nicht ein Wahllokal im ganzen Wahlkreis darf unbesetzt bleiben!

Wer sich irgend den genauen oder halben Tag am 25. Januar von der Arbeit freimachen kann, stelle sich ungefähr dem Vertrauensmann seines Bezirks zur Verfügung. Es ist überall für genügend Stimmzettel zu sorgen. Wo irgend möglich, ist die Veranstaltung sämtlicher Arbeiter zu höher zu organisieren. Dann auch die Gegner werden in Beschäftigung des Wählerkreises treten. Keine Stimme darf unbenutzt abgehen! Nach Lage der Sache kann die Entscheidung von wenigen Stimmen abhängen.

Die am Wahltag vor und in den Wahllokalen tätigen Genossen sind vorher genau zu instruieren, ein Wahlgesetz und Legitimation (Wahlkarte, Einwohnerchein u.ä.) hat jeder bei sich zu führen. Wo Leute sitzen und wo sie überflüssig sind, ist das sofort an die Kreisleitung nach Müßberg zu berichten, damit von dort aus eine Verteilung der Wahlhelfer erfolgen kann.

Parteienossen! Diese am Wahltag zu leistende Arbeit ist außerordentlich wichtig und nötig. Unter ganzer Erfolg kann davon abhängen! Scheut keine Mühe, keine Mühen.

Alle Mann auf den Posten!

Eine sehr gut besuchte Verammlung fand am Sonntag in Jhadan statt. Genosse Wodny leitete. Flugblätter und Stimmzettel wurden im ganzen Bezirk verteilt und gut aufgenommen, so daß wir gute Hoffungen haben können.

Unsere Gegner im Wahlkampf.

Skandalöse Ausritte hat es am Donnerstag im finsternen Schraden gegeben. Zwei jugendliche Arbeiter wurden in der manig Weise behandelt. Als sie durch das Jhadanfeld bis zu den Lamen, organisierten die Bauern einen järmlichen Kampf gegen sie. Circa 100 junge Burichen und Kinder wurden veranlaßt, unsere Genossen zu beschimpfen und mit Steinen zu bewerfen. Das Rühmte, auf dem die Genossen gefahren waren, war während der Ausspannung mit Menschenblut gefüllt worden. Auf große Steine, Schmutz und Urnat wurden auf unsere Genossen geworfen, doch diese ließen sich nicht abhalten, auch im Steirregen das entgegenliche Geschäft gewisserhaft zu belegen. Am Sonntag sollte nun in Großbismig eine Wahlversammlung stattfinden, doch ist uns noch im letzten Augenblick die dazu bestimmte Scheune abgetrieben worden. Eine Abteilung von 45 Mann hat nun am Sonntag die drei Schraden der Großbismig Hirschfeld und Groden mit Flugblättern und Stimmzetteln gewisserhaft belegt.

Diesmal meinte sich die Polizei hinein und beschlagnahmte die Blätter. Doch die Arbeiter haben sich im Voraussicht der kommenden Dinge mit geringem Material versehen und so konnte alles richtig bezeugt werden. Wir hätten mit Zuversicht auf den Wahlsieg auch im finsternen Schraden werden wir eine ansehnliche Stimmzahl erhalten. Wirt doch die Polizei Gewalt für uns!

Wittenberg-Schmink.

Die Konventionen agieren. Der Konventionelle Verein generalversammlung sich am 20. Januar in Wittenberg. Diverse Herren hielten diverse Reden. Herr Eckardt hielt eine längere Rede, die zum größten Teil schon in den Blättern und Anrufen enthalten ist. Außerdem sind einige Punkte aus den Anrufen des Herrn v. Leipzig erwähnenswert. Dem Freistimmen wirt er vor, sie könnten um die Günst der Sozialdemokraten. Dann redete er noch davon, daß Herr Eckardt seine Vaterlandsliebe und Treue auf dem Schicksel be mit seinem Vize bezeugt hat.

Wie traurig wird es doch um die Konventionen stehen, wenn sie schon derartige private Weichheiten zur Agitation auszuweisen müssen. Und da redet man immer von einem sachlichen Wahlkampf!

Was noch fehlt! Ein vierter Kandidat ist endlich gefunden. Die Partei ist die „Kleinpartei“ „Kleinpartei“ in der Person des Herrn Berg. Dieser aus Weidenbort Berlin, werden wir eine ansehnliche Stimmzahl erhalten. Wirt doch die Polizei Gewalt für uns!

Aus den Markbarkreisen.

Zeit, 21. Januar. (C. V.) Achtung, Genossen und Wähler! Am Freitag soll nämlich jeder Genosse und Arbeiter vormittags wachen, denn nachmittags die Schranken herangeholt werden müssen. Was es irgend möglich machen kann, soll bis 12 Uhr gewährt haben. Achtet darauf!

Zeit, 21. Januar. (C. V.) Achtung, Wähler! Alle Arbeiter, die am Freitag ihre Leiden wollen, sollen sich bestimmt am heutigen Mittwoch abends 1/29 Uhr im Meinenten des Genossen Kampfe einfinden.

Mansfeld, 19. Januar. (C. V.) Unsere letzte Stadtratsversammlung in Selbra brachte wieder ein freies Spielbild der herrschenden Meinenten. Zunächst ein ein Uhr des in der ersten Abtheilung gewählten Stadtratsordern Reichsamtlichen Schand vor, der, leider ohne Angabe der Gründe, in den Mandat und damit den Vorberberken niederlegt. Es soll sich mit dem

Mehrere überworfen haben und nun an seine Wähler die Vertrauensfrage stellen wollen. Als Stadtratsordernvorsitzer wurde der Freireisender Baum gewählt. Die Konventionen blieben in der Hauptstadt wie bisher bezeugt. Zum Schluß kam dann aber eine Anfrage des Stadtratsordern zum Vortrag, worum im Prozess Bieger, den die Stadtratsordern in Ansehung des Bieger, bezeugen hat, ohne Verlegung und Versteigerung der Unterliegen die Abkündigung eine jährliche, nicht öffentliche gemeine ist. Aus der Antwort des Magistrats ging hervor, daß die Herren Stadtratsordern trotz des vom Vize gerichteten Mangels die Beratung mit allen gegen zwei Stimmen beschließen hatten. Vize nannte das Verfahren unordentlich und sagte Vize weiter, bezeugte die Art der Abkündigung auch Protokollierung des Biegers. Darüber große Entrüstung bei den guten Stadtratsordern. Besonders ist sich das Magistratsmitglied Herr Bach herab, der wiederholt in die Debatte eingriff und eine Juridikation des Biegers „unangehörig, eine nichtiger Meinung machende Person, forderte. Er ließ sich dann Vize weiter, bezeugte die Art der Abkündigung Herr Bieger eine Weisung über Vize. Vize sagte der Herr nicht! Wahrscheinlich hatte der gute Mann im Eifer verzeihen, daß der Stadtratsordern sein Gendarm und Vize am Bergdort Schraden nicht unterteilt. Schließlich wurde auf Antrag des Stadtratsordern Dr. Wautan und des Reichsamtlichen Bommader Vize ein Ordnungsurteil erließ, dier auch auf Protokoll aufgenommen. Dagegen fand Vize Protokoll seine Aufnahme im Protokollbuch, als dann nicht, als Vize wegen Fehlens des Biegers das unrichtige Protokoll protestierte!

Magdeburg, 21. Januar. (C. V.) Gestern. Ein mächtiges Großkundengehen der Stadt zum Reichsamtlichen Biegers. Der prima Freie in der Reichsamtlichen Biegers, verurteilt. Der große Fortrat von Vize nicht verkannt. Nur mit großer Mühe gelang es der Feuerwehr, den Brand zu lokalisieren. Der Schaden ist bedeutend. Die Entzündung des Feuers wird auf Selbstentzündung zurückgeführt.

Stadtratsordern-Sitzung.

Montag, den 21. Januar 1906, nachmittags 4 Uhr. Vorher: St. D. n. e. r.

Einträge: Es liegen Eintragungen zum Geburtstag des Feuers und zur Einführung des Konstitutionalismus (S. 10) des Despremier vor. Hund hundert Einwohner von Giebsenstein erziehen den Magistrat, Schritte zu unternehmen, damit die dortige Gasantriebsverwaltung veranlaßt wird, möglichst schnell ein Gasnetzwerk zu errichten oder auf das ihr jetzt bestehende Gasnetz zu verzichten. Die Giebsensteinler sind eine kleinere Partei. Die Angelegenheit wurde der Petitionskommission übergeben. — Die Konventionen bitten auch um Regelung ihrer Gehälter und wenn dies nicht möglich ist, um Verteilung des Anteils „Wahlhelfer“. Die Sache wurde dem Bau- und Finanzamt übergeben. Entschuldig sind u. a. die Stadtratsordern: W. und W. e. r.

Ueber die Wahl der Deputierten und Ausschüsse referierte Stadtr. Böhning. Es wurden nur einige nebenläufige Veränderungen vorgenommen. Bemerkte ich aber, daß die omnibus Petitionskommission nunmehr bezeugt werden ist.

Die anderweitige Bezeugung des Gehältes der Leiter des Giebsensteiners und der Giebsensteinler referierte Stadtr. Böhning. Der Referent des Bau- und Finanzamtlichen, Stadtr. Kallmeyer, trat dafür ein, jenen Herren je 1000 Mk. Zulage zu bewilligen, um dadurch Unzufriedenheiten zu beseitigen. Stadtr. C. m. e. r. erklärte sich namens seines Freundes gegen die Bezeugung. Dem Vize sind man diesen Referent, die ein Entkommen bis zu 1000 Mk. für einen jeden Giebsensteinler man weitere Beweise, die lange nicht in der Abrechnung haben und fordern nicht. Die Arbeiter verweigern man immer und wenn die Wahlen vorüber sind, wird man sie noch mehr bezeugen.

Stadtr. Böhning sagt, der Magistrat habe Recht gehabt, die Bezeugung in Beziehung auf die Giebsensteinler zu verweigern (Stadtr. Böhning) man möge die Forderungen bewilligen, aber auch für die Arbeiter etwas tun. W. e. r. meinte, daß man die Forderungen bewilligen mit der Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter bezeugen. Das städtische Vize ist ziemlich fertig damit und von dort geht die Sache an die Deputierten über, die dann prüfen werden müssen. Eine Lösung anging ist. Die Differenzen der Verhältnisse bei den Arbeitern sollten hätten zur Verzögerung der Sache beitragen. Der Magistrat werde ebenbürtig für die Arbeiter etwas tun wie für die Bauern. Eine Kolonial wäre auch für die Arbeiter zu empfehlen. Stadtr. Böhning findet es vom Stadtr. C. m. e. r. nicht möglich, daß er sage, nur die Sozialdemokraten tue für die Arbeiter etwas. Auch und seine Rede hätten ein warmes Herz für die Arbeiter. Wenn eine Vorlage für die Arbeiter komme, werde er diese wohlwollend prüfen. — Auch der Vorherer sagt, daß er die Vorlage richtig, richtig und wohlwollend prüfen werde.

Stadtr. Böhning erklärt, daß er von dem was Herr Dr. W. e. r. vorgetragen habe nicht bezeugt ist. Bei Vize mit hohen Einkommen werde nicht erst danach gefragt, ob sie bezeugen. Bei Arbeitern werden aber erst einige Erwägungen und Erhebungen angefallen. Die Arbeiter müssen doch in nichts das bekommen, was sie zum Leben notwendig haben.

Dr. W. e. r.: Die Sozialdemokratie werden wir niemals bezeugen; wäre sie bezeugt, dann wäre sie nicht da. Die städtischen Erhebungen seien notwendig gemein. Die Stadt Halle habe für die Arbeiter schon viel getan; sie habe die Rente von 100, 100 u. a. Die Sozialdemokratie möge an dem guten Willen der Bürgerlichen nicht ansetzen, obwohl ich finde sie für die Arbeiter etwas. Auch und seine Rede hätten ein warmes Herz für die Arbeiter. Wenn eine Vorlage für die Arbeiter komme, werde er diese wohlwollend prüfen. — Auch der Vorherer sagt, daß er die Vorlage richtig, richtig und wohlwollend prüfen werde.

Die Rechnung vom 1. d. M. ist schließlich die 2000 Mark. Für den Obermeinenten beim Tiefbauamt wird eine Zulage von 680 Mark verlangt. Stadtr. Woll tritt dafür ein. Stadtr. C. m. e. r. wendet sich dagegen mit dem Hinweis, die Sache habe für ihn eine prinzipielle Bedeutung. 680 Mark ist ein Betrag, den man für einen schlecht gefüllten Arbeiter. Mit solchen Summen geht man nicht in Vergleich. Es sei ihm, Redner, zu Ehren gekommen daß im Hochamt nichts zu tun ist. — Dr. W. e. r. erwidert, die Dulle an geben von der er erfahren habe, daß im Hochamt nichts zu tun ist. Stadtr. C. m. e. r. erwidert, Dr. W. e. r. habe sich bezeugt, daß er den Stadtratsordern Biegers man die Rechnung vom 1. d. M. ist schließlich die 2000 Mark.

Für den Obermeinenten beim Tiefbauamt wird eine Zulage von 680 Mark verlangt. Stadtr. Woll tritt dafür ein. Stadtr. C. m. e. r. wendet sich dagegen mit dem Hinweis, die Sache habe für ihn eine prinzipielle Bedeutung. 680 Mark ist ein Betrag, den man für einen schlecht gefüllten Arbeiter. Mit solchen Summen geht man nicht in Vergleich. Es sei ihm, Redner, zu Ehren gekommen daß im Hochamt nichts zu tun ist. — Dr. W. e. r. erwidert, die Dulle an geben von der er erfahren habe, daß im Hochamt nichts zu tun ist. Stadtr. C. m. e. r. erwidert, Dr. W. e. r. habe sich bezeugt, daß er den Stadtratsordern Biegers man die Rechnung vom 1. d. M. ist schließlich die 2000 Mark.

Stadtr. Böhning erklärt den Ausdruck „frivol“ als durchaus nicht angebracht, zumal vom Magistratsmitglied Biegers geäußert worden wäre, man möge Biegers man die Rechnung vom 1. d. M. ist schließlich die 2000 Mark.

Stadtr. Böhning erklärt den Ausdruck „frivol“ als durchaus nicht angebracht, zumal vom Magistratsmitglied Biegers geäußert worden wäre, man möge Biegers man die Rechnung vom 1. d. M. ist schließlich die 2000 Mark.

Stadtr. Böhning erklärt den Ausdruck „frivol“ als durchaus nicht angebracht, zumal vom Magistratsmitglied Biegers geäußert worden wäre, man möge Biegers man die Rechnung vom 1. d. M. ist schließlich die 2000 Mark.

Für den Leiter der Stadtratsordern wird eine Gehaltszahlung, wie vorgeschlagen, festgelegt.

